

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 9 2002

Nach uns die Sintflut?!



*Bernhard Hess,
Nationalrat
und
SD-Zentral-
sekretär, Bern*

Die grosse Flut, die alles Leben auf der Erde vernichtet, ist (noch?) nicht da. Doch selbst die grössten Optimisten sind durch die Unwetterkatastrophen der letzten Zeit höchst nachdenklich geworden. Diejenigen, die behaupten, dass ein Zusammenhang zwischen menschlichem Verhalten und Klimaänderung «nicht bewiesen» ist, verstummen allmählich. Es sind Leute von ähnlicher Mentalität wie jene, die noch heute einen Zusammenhang von Rauchen und Lungenkrebs wahrscheinlich in Abrede stellen.

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Fragen des Klimawandels, englisch «Intergovernmental Panel on Climate Change» (IPCC) hat im vergangenen Jahr unmissverständlich festgestellt: Der globale Klimawandel hat bereits begonnen und wird sich im Laufe des 21. Jahrhunderts fortsetzen; dabei könnte der Klimawandel dramatischer ausfallen als bisher angenommen. Und: Es gibt neue und bessere Beweise, dass der grösste Teil der Erwärmung menschlichen Aktivitäten zuzuschreiben ist.

Sonderfall Erde

Die Erde ist etwas Besonderes. Dies zeigt ein Blick auf die anderen Planeten unseres Sonnensystems, von denen sich unserer für den Menschen auf existenzielle Weise unterscheidet: Es gibt auf der Erde Sauerstoff. Sie hat, anders als zum Beispiel der Jupiter, eine feste Oberfläche. Zudem machen uns die auf der Erde herrschenden Temperaturen das Leben erst möglich.

Eine Vielzahl in ihrer Kombination äusserst unwahrscheinlicher Faktoren ist notwendig, damit Leben möglich ist. Auf unserem Planeten sind sie noch gegeben. Die Temperatur, abhängig vom Abstand zur Sonne und von der Beschaffenheit der Atmosphäre des Planeten, gehört wesentlich dazu.

Bald Schluss mit der Menschheit?

Seit rund 200 Jahren verändern wir die Atmosphäre der Erde mit atemberaubender Geschwindigkeit. Durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) kommt es zu einer deutlich erhöhten Konzentration von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, die zu globaler Erwärmung und damit verbundenen extremen Klimaänderungen führt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass schon objektiv geringe Klimaänderungen Folgen im Wettergeschehen haben, die für den Menschen sehr deutlich spürbar und geradezu katastrophal sind.

Der Besonderheit der Erde müssen wir eigentlich mit Ehrfurcht begegnen. Nach 500'000 Jahren Menschheitsgeschichte droht der Mensch in einem weltgeschichtlich äusserst kurzen Zeitraum aus Kurzsichtigkeit und Masslosigkeit die Bedingungen des Lebens auf der Erde dramatisch zu verschlechtern. Sollten nicht weitere 500'000 Jahre möglich sein?

Klimasünder von Andi Gross bis George Bush

Was tun Politiker? Was kann der Einzelne tun? Kann der Einzelne überhaupt etwas tun, solange die Politik nichts tut? Andreas Gross (SP/ZH), Claude Frey (FDP/NE), Lili Nabholz (FDP/ZH), Ruth Gaby Vermot (SP/BE) und Rosmarie Zapfl (CVP/ZH) sind diejenigen Schweizer Abgeordneten, welche in den letzten Jahren die kostspieligsten Auslandsreisen durchgeführt haben. Abgesehen davon, was ein eidgenössischer Parlamentarier überhaupt im Ausland zu debattie-

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

 **Nein zur «Stiftung Solidarität Schweiz»
Ja zur AHV-Goldinitiative
Nein zum Energiemarktgesetz**

Sonderspende gegen die Solidaritätsstiftung

Nicht vergessen: Die sogenannte «Solidaritätsstiftung» ist das Ergebnis einer Erpressung – ausgelöst durch die Spitze des Jüdischen Weltkongresses. Um diesen Kreisen gefällig zu sein, verkündete der Bundesrat die Schaffung einer Stiftung. Für diese Stiftung will er Goldreserven der Schweiz in Milliardenhöhe opfern.

Doch aufgrund des Protestes aus der Bevölkerung hat der Bundesrat gemerkt, dass er das Volksvermögen nicht nach Belieben verschleudern kann. Deshalb hat er einen faulen Kompromiss ausgebrütet. Denn der Bundesrat hält noch immer an der erpressten Stiftung fest. Doch auch damit wird für alle Welt sichtbar: Die Schweiz ist erpressbar. Diesen Eindruck wollen wir mit ganzer Kraft verhindern.

Endspurt

Noch hat es SD-Flugblätter, Aufkleber und Kleinplakate auf dem SD-Zentralsekretariat. Bestellen Sie deshalb (nochmals) mit dem Talon auf der letzten Seite dieser Ausgabe Werbematerial gegen die erpresste Solidaritätsstiftung. Auch müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Wir sind dringend auf Zuwendungen angewiesen. Für Ihren Einsatz im Abstimmungskampf danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Parteileitung

ren hat, muss vor allem die Frage erlaubt sein, was Politikerreisen nicht nur den Steuerzahler, sondern auch die Umwelt kosten. Jedenfalls sind es, wie es diese Beispiele eindrücklich belegen, nicht selten diejenigen Politikerinnen und Politiker aus dem links-liberalen Spektrum, welche in Umweltfragen Wasser predigen und Wein trinken. Jedenfalls kann unser Planet ökologische Schäden durch die Vielfliegerei (auch unserer Politiker) nicht länger hinnehmen. George Bush, Präsident des Landes mit dem weltweit grössten Ausstoss an Treibhausgasen, übertrifft unsere Vielflieger Gross, Frey, Nabholz und Vermot allerdings bei weitem, indem er die Ratifikation des Kyoto-Protokolls ablehnt und stattdessen nicht nur menschen-, sondern auch umweltzerstörende Kriege führt. In den Abkommen wurden 1997 verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgas festge-

legt. 38 Industriestaaten haben sich verpflichtet, die Emissionen von Treibhausgasen in der Zielperiode 2008 bis 2012 gegenüber 1990 um

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Kulturelle Verarmung Europas unter der EU
- 3 Leben und Umwelt
- 4 Nachlese zum 1.-August-Expo-Skandal
- 5 Expo.02 – Den Affen abgeschossen
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Nach uns die Sintflut?!

Fortsetzung von Seite 1

durchschnittlich 5,2 Prozent zu reduzieren. Die Treibhausgas-Emissionen der USA sind jedoch seit 1990 kontinuierlich gestiegen.

80 % Kohlendioxid-Ausstoss in den Industriestaaten

Der Kohlendioxid-Ausstoss liegt in den USA bei 20 Tonnen pro Jahr und Kopf, die Vereinigten Staaten sind verantwortlich für 25 Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen. In Deutschland sind es immerhin noch elf Tonnen. In Frankreich, dessen Energieversorgung sich stark auf Kernenergie stützt, sind es «nur» sechs Tonnen, in China zwei und in Indien eine Tonne. Gerade im Falle Indiens, das mit seinen schon jetzt mehr als eine Milliarde Einwohnern weitgehend mit Kohle arbeitet, wird jedoch mit einer Vervielfachung der Emission in den nächsten Jahrzehnten gerechnet.

Noch aber stammen rund 80 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen aus den derzeitigen Industrieländern, in denen nur etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung leben. Der weltweite Kohlendioxid-Ausstoss könnte sich nach bisherigen Schätzungen bis zum Jahr 2050 verdoppeln.

Wie können wir abhelfen?

Gemildert würden der Klimawandel und seine Folgen, wenn neue Technologien und eine durchgreifende Änderung der Lebensweise Hand in Hand gehen. Hat es aber überhaupt Sinn, sich als Einzelner – oder als Partei – um Klimaschutz zu kümmern? Ja, es hat. Die Forderung der Vernunft ist absolut, sie lässt sich nicht durch die Unvernunft anderer relativieren.

Was kann man tun? Der Pkw-Bestand in der Schweiz beläuft sich auf 3,6 Millionen Autos. Wer sich da wieder daran erinnert, wozu ihm seine Füsse gegeben wurden und wozu das Velo erfunden worden ist, der tut nicht nur etwas für die Atmosphäre. Umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Bus, Tram und die Eisenbahn müssen noch vermehrt genutzt werden. Energie sparen ist geboten. Der Verbraucher ist gefordert, sich für Waren aus einheimischer Produktion zu entscheiden. Denn die gigantischen Transportwege – insbesondere in der EU – belasten das Klima besonders.

Viele Massnahmen zur Entschärfung des Kohlendioxid-Problems, wie zum Beispiel Aufforstungsprogramme, können nur vom Staat realisiert werden. Es kann auch nicht länger so sein, dass Einzelne Mühen und Kosten für verantwortliches Handeln auf sich nehmen, während im Grossen «die Sau rausgelassen» wird. Wo ist die Ökobilanz der Armeen dieser Erde?

Wann endlich wird das Prinzip des freien Handels nicht mehr dadurch pervertiert, dass Transporte kräftig subventioniert werden und dadurch Güter aus der Ferne billiger sind als einheimische Produkte? Transportsubventionen sind in der Tat «Anschläge auf Natur und Gesellschaft» (Hermann Scheer). Und wie sollen Familien die Eisenbahn als Alternative zum Auto

annehmen, wenn die Kosten bei weitem zu hoch sind?

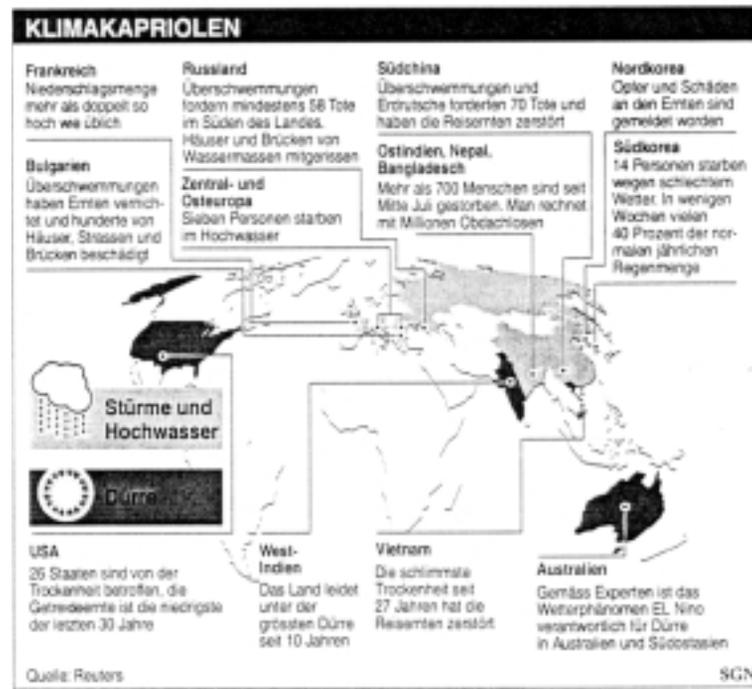
Überschwemmungen, Wassermangel, Klimaflüchtlinge

Wird die durch Erderwärmung hervorgerufene Verschlechterung der Lebensbedingungen auf der Welt nicht gemildert, wird es weit teurer und unangenehmer werden,

als wenn jetzt die Klimawende eingeleitet wird.

Von den absehbaren Folgen wird das Los der Klimaflüchtlinge aus südlichen Ländern besonders gravierend sein. Dazu braucht man nur einen Satz aus dem 2001 vom Zwischenstaatlichen Ausschuss für Fragen des Klimawandels (IPCC) vorgelegten Bericht zu Folgen des Klimawandels zu lesen: «Die Zahl der derzeit unter Wassermangel leidenden Weltbevölkerung von 1,7 Milliarden wird sich bis 2025 auf 5 Milliarden Menschen erhöhen.» Stürme, Überschwemmungen und Dürre machen der Menschheit in Zukunft zu schaffen. Trockenzonen werden entstehen. Der Anstieg des Meeresspiegels wird Gebiete verschwinden lassen. Würden keine Eindämmungsmassnahmen (Deiche) getroffen, so beliefen sich laut IPCC-Angaben die Landverluste in den Niederlanden auf 6 Prozent, in Bangladesch auf 16 Prozent, auf den Marshall-Inseln auf 80 Prozent. Eine Reihe kleiner Inseln werden im Meer versinken. Auch wirtschaftlich betrachtet werden die Folgekosten eines ungebremsten Treibhauseffekts höher sein als die Kosten einer überfälligen Klimawende.

Dieser Artikel entstand weitgehend unter den Eindrücken der überschwemmten Städte und der unvorstellbaren Wassermassen in Mitteldeutschland Ende August 2002.



Kulturelle Verarmung Europas unter der EU

Das Elsässerdeutsch, als niederallemannische Regionalsprache dem Baseldeutschen nahe verwandt, liegt in den letzten Zügen. Zwar beherrschen noch viele Einheimische der älteren Generation die Mundart, die vor noch nicht allzu langer Zeit im Elsass Umgangssprache war. Die jüngere Generation verwendet sie jedoch kaum mehr. Für sie ist diese Sprache unmodern, verstaubt, antiquiert, «von Vorgestern», «Retro». Verzweifelt versucht ein Verein «Zweisprachigkeit» zu retten, was noch zu retten ist, indem er versucht, einige Kindergärten zweisprachig französisch/elsässisch zu führen, mit bisher wenig Erfolg. Damit droht wieder einmal eine weitere Verarmung der kulturellen Vielfalt Europas. Selbstverständlich haben gewisse Demagogen rasch eine Erklärung zur Hand: das komme eben von der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkriegs, welche die örtliche Bevölkerung drangsaliert und so Emotionen gegen das Deutsche im Allgemeinen und somit auch gegen das Elsässerdeutsch geschürt hätte. Bei näherer Betrachtung kann dies jedoch kaum stimmen. Der elsässische Dialekt ist nicht während des Zweiten Weltkrieges oder kurz danach verdrängt worden. Seine Verwendung schrumpfte

zu einer Zeit, da zwischen den beiden Nationen Frankreich und Deutschland im Rahmen der EU, früher EG und EWG, beste Beziehungen bestanden! Die Franzosenfreundlichkeit eines Helmut Kohl ist sprichwörtlich. Viel wichtiger für die Entwicklung war die Überfremdung des Elsass durch Ausländer, und zwar durch solche, die von ausserhalb der EU einwanderten, vornehmlich aus Nordafrika. Diese Sprachen und verstanden natürlich kein Elsässisch, sondern nur französisch. Ein weiterer Grund ist in der Intoleranz des französischen Zentralstaates gegen seine Minderheitensprachen zu erblicken. Nicht nur Elsässerdeutsch, auch Flämisch,

Bretonisch, Okzitanisch einschliesslich Provenzalisch, Katalanisch, Baskisch und Korsisch führen in Frankreich ein hartes Leben. Dabei verhält sich das offizielle Frankreich höchst inkonsequent. Ständig beklagt es sich nämlich darüber, die Landessprache würde durch ein so genanntes «Franglais» bedrängt. Den schweizerdeutschen Mundarten droht im Übrigen auch ohne Beitritt der Schweiz zur EU ein ähnliches Schicksal; allerdings nicht durch das Französische, sondern durch das Englische. Die Rolle der französischen Zentralbürokratie übernimmt hier der angloamerikanisch beherrschte Globalismus.

Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat

Reisefreude kostet eine Million

Parlamentarierreisen: Andi Gross am meisten unterwegs

Die Auslandsreisen von Abgeordneten kosten die eidgenössischen Räte pro Jahr rund 1,15 Millionen Franken. Dies entspricht gemäss einem Bericht des Nationalratsbüros 5 Prozent der gesamten parlamentarischen Entschädigungen. Allein fast 47 Prozent beansprucht die Abordnung beim Europarat. Die höchsten Entschädigungen gingen von Anfang 2000 bis Ende

Mai 2002 mit 292'719 Franken an Andreas Gross (SP/ZH), der als Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung besonders stark gefordert ist. Es folgen Claude Frey (FDP/NE) mit 205'707 Franken, Lili Nabholz (FDP/ZH) mit 139'085 Franken, Ruth-Gaby Vermot (SP/BE) mit 136'931 Franken und Rosmarie Zapfl (CVP/ZH) mit 120'522 Franken.



Nägel mit Köpfen im Tierschutz – Volksinitiative «Tierschutz-Ja!»

Bekanntlich plant der Bundesrat eine Revision des Tierschutzgesetzes, und er betitelt das Resultat der Vernehmlassung als positiv. Aber damit will er der tierfreundlichen Schweizer Bevölkerung Sand in die Augen streuen. Das geplante neue Gesetz strotzt nämlich buchstäblich vor Gummiparagrafen und Schlupflöchern.

So ist zum Beispiel vorgesehen, die ganze Liste der verbotenen Handlungen wie das Aussetzen oder qualvolle Töten von Tieren und Eingriffe ohne Schmerzausschaltung auf die Verordnungsstufe herabzusetzen. Das heisst im Klartext, dass sich der Bundesrat eine Blankovollmacht geben will, um die Liste dann jederzeit zu ändern. Bereits jetzt gilt als sicher, dass das schmerzhaft Kastrieren von jährlich Hunderttausenden von männlichen Ferkeln ohne Schmerzausschaltung auch in Zukunft erlaubt bleiben soll. Ein Kniefall vor der Lobby der Schweinezüchter und -mäster.

Aufgrund der Empörung in der Öffentlichkeit hat Bundesrat Couchepin sein Ansinnen, das Schächten ohne Betäubung von Rindern, Kälbern, Schafen und Ziegen wieder zuzulassen, sang- und klanglos fallengelassen. Dass es aber gestattet bleiben soll, Hühnern und Truten bei vollem Bewusstsein die Kehle aufzuschneiden, wird einfach verschwiegen. Weshalb soll Geflügel, schmerzempfindende und leidensfähige Geschöpfe, auf diese



SCHWEIZER TIERSCHUTZ STS

tierquälerische Art geschlachtet werden dürfen?

Der Bundesrat wehrt sich aber auch gegen die Beseitigung anderer krasser Missstände wie unnötige Tiertransporte, zweifelhafteste Tierversuche oder tierverachtende Wildtierhaltungen in Kleinzooen. Die Liste der Defizite im geplanten Gesetz wäre noch bedeutend länger.

Was nützt ein neues Tierschutzgesetz, wenn es den Tieren wenig an wirklichen Verbesserungen bringt und wenn es nicht dazu beiträgt, den Vollzug zu verbessern? Sollen wir es zulassen, dass hier wieder einmal am klaren Volkswillen vorbeipolitisiert wird? Der Schweizer Tierschutz STS will jetzt Nägel mit Köpfen machen. Mit seiner lancierten Volksinitiative «Tierschutz-JA!» will er die Grundsätze eines modernen, ausgewogenen Tierschutzes, das dem Empfinden der Bevölkerung entspricht, in der Bundesverfassung verankern – damit wir ein neues Tierschutzgesetz erhalten, das diesen Namen verdient. Helfen Sie mit – unterschreiben auch Sie!

Heinz Lienhard, Präsident Schweizer Tierschutz STS

Neue Zunahme von AIDS-Fällen!

AIDS fordert jedes Jahr ein vielfaches an Toten als alle laufenden kriegerischen Auseinandersetzungen zusammen. Die Konsequenzen einer sich nahezu ungebremst ausbreitenden HIV-Epidemie in vielen Ländern werden die Völkergemeinschaft in einigen Jahren wieder einholen. Die HIV-Epidemie lässt sich nicht mit Präservativen, Plakaten und günstigen Medikamenten alleine einschränken. Es bräuchte gemeinsame, viel umfassendere Anstrengungen, um Risikoverhalten einzudämmen, epidemiologische Untersuchungen zur HIV-Verbreitung in den einzelnen Ländern durchzuführen, Unterstützung und Pflege für die Aidskranken sicherzustellen und ein funktionierendes Gesundheitswesen aufzubauen. Durch Kriege werden diese Bemühungen untergraben oder verunmöglicht.

Die Lage in der Schweiz

Bis Ende 2001 wurden in der Schweiz 7251 Aidskrankungen gemeldet, davon im abgelaufenen Jahr 219. Die Zahl der Aidsfälle und Aids-toten ist seit 1996 deutlich zurückgegangen. Dies ist eine direkte Folge der antiretroviralen

Kombinationsbehandlung. Im letzten Jahr hat die Zahl der neu gemeldeten positiven HIV-Tests erstmals seit mehreren Jahren um 8% auf 632 zugenommen. Das Bundesamt für Gesundheit sprach von einer Trendwende. Diese Trendwende lässt sich in vielen Ländern beobachten. Sie hat sicher mit dem abnehmenden Interesse für die Aidsproblematik und der Zunahme des Risikoverhaltens zu tun. Durch die Medienberichterstattung entsteht der Eindruck, Aids sei heilbar. Grotesk mutete in diesem Zusammenhang das Verhalten des Bundesamtes für Gesundheit im Vorfeld des AIDS-Symposiums in Fribourg an: Anstatt sich über die Initiative zweier Ärztevereine zu freuen, sprach es bei der Zunahme der positiven HIV-Tests nun plötzlich von statistischen Schwankungen und unterstellte der *AIDS-Aufklärung Schweiz* Panikmache. Wie Wahrnehmung der Stop-Aids-Kampagne ist auch deutlich gesunken. Wir schlagen vor, die bei der Kampagne eingesparten Gelder für sinnvollere Präventionsmassnahmen einzusetzen.

Dr. Giovanni Fantacci, Präsident der *AIDS-Aufklärung Schweiz*, in seinem Jahresbericht

Jede zweite Fischart bedroht oder ausgestorben

Zum Beispiel die Nase: Noch vor 40 Jahren war dieser Fisch mit der weit vorragenden Schnauze, die ihm zu seinem Namen verhalf, bei uns überaus häufig. Zu Tausenden zogen die Nasen jeweils im Frühling flussaufwärts, um auf seichten Kiesbänken zu laichen: ein chaotisches Getümmel von plätschenden, purzelnden, aus dem Wasser springenden und schnalzenden Fischen, deren dunkler Rücken den Grund flächig schwarz färbte.

und Flüsse in träge, weitgehend monotone Gerinne verwandelt. Der Wechsel zwischen Hoch- und Niederwasser ist gestört, der Gesschiebetransport unterbunden. Der Lebensraum der Fische ist damit auch in unverbauten Abschnitten künstlich geprägt.

Die Eingriffe lassen sich grösstenteils nicht mehr rückgängig machen. Dennoch gibt es Möglichkeiten für Aufwertungen und Renaturierungen. Sie lassen sich auf eine

Fische auf der roten Liste

In der Schweiz heimische Arten: 54

Davon sind

	Zum Beispiel
Ausgestorben	8 Flussneunaugen, Stör, Lachs
Vom Aussterben bedroht	4 Bachneunaugen, Apron (Roi du Doubs)
Stark gefährdet	8 Seeforelle, Nase, Strömer
Gefährdet	8 Asche, Seesaibling, Schneider
Potenziell gefährdet	14 Bachforelle, Felchen, Barbe, Aal
Nicht gefährdet	12 Schmerle (Bartgrundel), Brachse, Alet, Hecht, Rotaugen, Schleie, Trüsche, Flussbarsch (Egli)

Das ist vorbei. Die Bestände sind derart massiv eingebrochen, dass die Nase heute auf der roten Liste der bedrohten Fischarten figuriert. Die Gründe für den Artenschwund sind vielfältig. Kein Ökosystem wurde so grundlegend umgestaltet und verbaut wie unsere Gewässer. Dämme, Staumauern und Sperren haben die einst lebendigen Bäche

simple Formel reduzieren: «mehr Raum!». Je mehr ein Bach oder Fluss in die Breite gehen darf, desto weniger Sperren und harte Verbauungen braucht es für den Hochwasserschutz, desto mehr Dynamik und Strukturvielfalt kommt wieder ins System.

Aus: *Umwelt* 3/01



Der ganz normale EU-Wahnsinn

aus *Abendland* 38/237

Betreute Heroinabgabe ab sofort kassenpflichtig

Mehrkosten von rund zehn Millionen Franken für Versicherte

Die Krankenkassen und damit die ohnehin schon schwer belasteten Prämienzahler müssen sich ab Juli dieses Jahres an den Kosten der ärztlich betreuten Heroinabgabe stärker beteiligen. Dies hat das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) entschieden, wie BSV-Mitarbeiterin Rosmarie Marolf vor wenigen Tagen in einem Bericht von Radio DRS bestätigte. Ein Rekurs gegen diesen Entscheid ist nicht möglich. Die Kosten der Krankenversicherer werden sich jährlich auf 16,5 Millionen Franken belaufen, wie Marolf weiter sagte. Das sind rund 10 Millionen Franken mehr als bisher. Im vergangenen März waren in der Schweiz rund 1130 Patienten in einem kontrollierten Heroinabgabeprogramm. Rund 40 Franken der täglichen Kosten von 55 Franken pro Teilnehmer des

Programms sollen nun von den Kassen übernommen werden, wie Marolf sagte. Die restlichen rund 15 Franken, die namentlich auf die psychosoziale Betreuung der Patienten fielen, müssten die Konsumenten selber zahlen. Im Fall von Zahlungsunfähigkeit werden die Gemeinden einspringen müssen. Eine private Schweizer Kleinfirma hatte im laufenden Jahr vom Bund die Lizenz für die Herstellung und den Vertrieb des Heroins erworben. Das unter dem Namen Diaphin produzierte Heroin wurde in die für die Entschädigung im Rahmen der Grundversicherung massgebliche Spezialitätenliste aufgenommen. Die Aufnahme der heroingestützten Behandlung Drogenabhängiger in den Leistungskatalog der Grundversicherung erfolgte bereits Anfang 2001.

Höhere Zuwanderung in der Schweiz

Im Jahr 2001 ist die Wohnbevölkerung in der Schweiz stärker gewachsen als in den Jahren zuvor

Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz hat 2001 um rund 57'150 Personen zugenommen und erreichte Ende Jahr den Stand von 7'261'200 Menschen. Die Zuwachsrate stieg von 0,6 Prozent im Vorjahr auf 0,8 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mitteilte.

In der definitiven Zahl von 7'261'200 sind die schweizerischen Staatsangehörigen, die Niedergelassenen und Jahresaufenthalter sowie die internationalen Funktionäre enthalten. Nicht eingeschlossen sind die 25'500 Saisonniers, die 25'400 Kurzaufenthalter und die 65'800 Personen des Asylbereichs.

Mehr Einwanderer

Die Zunahme der gesamten ständigen Wohnbevölkerung von 57'150 Personen ergab sich zur Hauptsache aus dem Einwanderungsüberschuss von 40'250 Personen. Dieser ist fast doppelt so hoch wie im Jahr 2000 (20'224). Die Gründe für die höhere Zuwanderung liegen nach dem Bundesamt für Ausländerfragen einerseits in der guten Wirtschaftsentwicklung. Dadurch sei der Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften gestiegen. Andererseits sei der Zuwachs eine Folge der «Humanitären Aktion 2000». Rund 7'500 Personen hätten dadurch 2001 eine reguläre Aufenthaltsbewilligung erhalten und würden dadurch erstmals in der Statistik der ausländischen Wohnbevölkerung auftreten.

Weniger Geburten

Gleichzeitig gingen die Geburten um 6,3 Prozent auf 73'509 zurück. Die Zahl der Todesfälle nahm um 2 Prozent auf 61'287 ab. Damit ging auch der Geburtenüberschuss mit

12'200 gegenüber dem Vorjahr (15'900) zurück.

Zwei Drittel (4,92 Millionen Personen) der Bevölkerung lebten Ende letzten Jahres in städtischen Gebieten. Die Hälfte davon lebte in den Agglomerationen der fünf Grossstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne. Die städtischen Gebiete wuchsen um 0,9 Prozent. In den ländlichen Gebieten wuchs die Bevölkerung nur um 0,5 Prozent und erreichte einen Stand von 2,34 Millionen Personen.

Anmerkung der Redaktion: Einmal mehr hat der Bundesrat sein Versprechen, die Einwanderung in unser kleines, dicht besiedeltes Land zu stoppen, gebrochen. Merke: Die Zuwanderung von 57'150 Personen entspricht einer Stadt in der Grösse von Winterthur.



Nachlese zum 1.-August-EXPO-Skandal

Was sich die sogenannte «Theatergruppe» 400 ASA (Theater – wie tief bist du gesunken!) an der offiziellen 1.-August-Feier an der EX-PO.02 (das soll also unsere angebliche «nationale» Ausstellung sein!) geleistet hat, geht buchstäblich weit unter die berühmte Gürtellinie. Da wurden die Schweizer als Affen dargestellt, der absolute Tiefpunkt der Aufführung war aber die Feststellung: «Schweizer sein ist nicht mehr als ein Verwaltungsakt, zu vergleichen etwa mit der Erhebung der Hundesteuer». Zum Glück kennen wir in der Schweiz keine Schweinsteuer, sonst hätten uns diese Schweizerhasser nicht nur mit Affen und Hunden, sondern auch mit Schweinen gleichgestellt. Aber was soll man anderes von einer solchen Affentheatergruppe halten, deren Regisseur Samuel Schwarz in einer Vorschau im Fernsehen SF DRS wörtlich gesagt hat: «Mit diesem mythologischen Urschlamm (!) von 1. August kann ich nichts anfangen und ich wäre froh, wenn es die letzte 1.-August-Feier wäre». Nun, wenn Schwarz die Schweiz dermassen hasst, soll er



doch in eines der 190 anderen Länder dieser Erde auswandern. Aber Vorsicht – wohl in allen andern Ländern kämen er und seine «Theaterleute» für eine solche Verhöhnung der Bürger eines Landes ins Gefängnis; nur sind diese Gefängnisse dann meist keine 5-Stern-Hotels wie die unsrigen. Das einzig Positive an der Veranstaltung war: Die Hauptdarstellerin Wanda Vislouzylowa hatte ein dermassen einfältiges und primitives Auftreten und Grinsen, dass jedem Zuschauer das unbeschreiblich tiefe Niveau dieser Aufführung klar werden musste. Dass Bundesrat Samuel Schmid diese Verhöhnung der Schweiz und ihrer Bürger auch noch mit seiner Festrede «beehete», zeigt seine Einstellung und die des Gesamtbundesrats (ausgenommen die Bundesräte Villiger und Leuenberger) zu unserem Land.

Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden

Die Schande von Biel

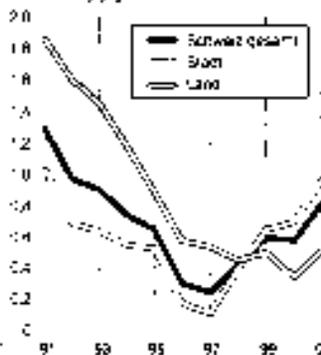
Die Gestaltung der 1.-August-Feier an der Expo ist ein Skandal. Eine «Schweizer-Fahnen-freie Zone» zu schaffen ist unwürdig und verletzend. Sogar der künstlerische Direktor der Expo, Martin Heller, unterstützte dieses antischwizerische Projekt und freut sich auf eine multikulturelle 1.-August-Feier...! Ich als Patriot werde die Expo boykottieren. Ich habe Besseres vor, als die «Verhöhnung» meines Vaterlandes live miterleben zu müssen. Wie zum Beispiel die rechte Hand

zum Schwur zu erheben: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr; wir wollen frei sein, wie die Väter waren, ehe den Tod, als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen». Jene antischwizerische Tendenz, schon fast an linksextrem grenzend, darf nicht geduldet werden! Wer schweigt – stimmt zu!
M. Goetschi, Oberwil bei Büren BE

STÄDTE WACHSEN SCHNELLER

Bevölkerungsentwicklung 1951-2001

Bevölkerungsgewinn in Prozent



Bevölkerungsentwicklung 2001

nach Kantonen

Änderung gegenüber 2000



Offener Brief an den künstlerischen Direktor der Expo.02

Sehr geehrter Herr Heller

Die umstrittene 1.-August-Theateraufführung «august02» war ein Fauxpas! Für die Einen lässt sich Provokation nicht institutionalisieren, für andere war es platter «Sauglattismus» und für Dritte war es Blasphemie. Es ist heutzutage auch schwierig, die Gefühle des Volkes am Nationalfeiertag in ein Festspiel an der Landesausstellung zu fokussieren.

Als künstlerischer Direktor der Expo.02 sind Sie trotzdem mitverantwortlich für ein solches Unternehmen, entgegen Ihrer Ausrede im Bieler Tagblatt vom 2. August 2002. Wo das Denken der modernen Kulturschaffenden aber 10 cm unter dem Bauchnabel aufhört, ist das Resultat dann eben ein solches Affentheater, das in einem linken Workshop vielleicht seine Daseinsberechtigung hätte, in unserem Fall aber völlig deplaziert war. Schweizer sein ist nicht nur ein Verwaltungsakt, Schweizer sein ist eine Verpflichtung!

Wir wissen, dass sich die Schweize-

rische Eidgenossenschaft nicht nur auf den Bundesbrief von 1291 beschränkt. Auch dass die Freiheitskämpfe nur ein Teil der Geschichte sind. Schweizer in fremden Diensten gehören genauso zu den Wurzeln unserer Identität. Es ist in weiten Kreisen nicht im Bewusstsein, dass die Schweizer schon Europäer waren, lange bevor Europa überhaupt ein politischer Begriff war. Das Panorama der Murtenschlacht im Monolith erinnert an ein Ereignis, das sowohl den Freiheitskämpfern zuzurechnen ist, als auch zu jenem Ruhm der Schweizer Krieger beitrug, welche in der Folge in Europa so gefragt waren.

Es ist hier nicht Raum, um alle Höhen und Tiefen des helvetischen Wehrwesens aufzuschreiben. Tatsache aber ist, dass zum Schweizersein auch die Pflicht gehört, sich zu wehren. Hier unterscheidet sich der Eidgenosse ganz wesentlich wieder vom Affen!

Mit freundlichen Grüßen

Christian Wyss, Winkel-Rüti/ZH

Eigentlich konsequent

Das Schweizer Kreuz wäre ein Stilbruch, denn die Expo hat absolut nichts mit der Schweiz zu tun (mit Ausnahme des monumentalen Schlachtgemäldes in Murten). Sie könnte, wie das Eröffnungsspektakel ebenfalls, auch auf den Philippinen stattfinden. Die einzigen Schweizer Fahnen, auf Einspruch Franz Steineggers, werden nun in einem Turm in Biel aufgehängt, gut versteckt. Ist das nun die propa-

gierte Öffnung unseres Landes: eingekerkerte Fahnen? Alle Fahnen sind zudem zerschissen. Ist das der tiefere Sinn der Expo, die Schweiz solle sich gefälligst auflösen? 1,2 Milliarden Franken – wahrlich viel Geld für die Demonstration, dass die Suiza nicht mehr existieren soll. Die Seldwyler von Sevilla bekommen Recht: «La Suiza no exista».

Ernst Christen, Bolligen

Gelungene SD-1.-August-Feier

Im Herzen der Schweiz, in dem Wallfahrtsort Rickenbach, feierte die Schweizer Demokraten die 1.-August-Feier. Vielleicht war es die zentrale Lage, dass so viele SD-Freunde von Basel bis Tessin anwesend waren. Herzlich waren wir im Berghotel willkommen, offerierte uns doch die Wirte-Familie nicht nur für Fr. 25.– das Mittagessen und ein Bocalino Merlot, auch die Luftseilbahnfahrt war ebenfalls inbegriffen.

Anton Bottinelli am Klavier und Monika Koller, Querflöte, eröffneten musikalisch die 1.-August-Feier der Schweizer Demokraten. Die erste Rede hielt Nationalrat Bernhard Hess zu aktuellen politischen Themen. Am Nachmittag begeisterte alt Nationalrat und Zentralpräsident Rudolf Keller mit seiner Ansprache (Rede-Ausschnitte in dieser

Zeitungsausgabe). Mit weit über 100 Personen war der Saal überfüllt, so dass einige junge SD-Mitglieder auch mit Stehplätzen zufrieden waren. Es war eine ausgesprochen familiäre Feier. Man spürte den Zusammenhalt unter den Gleichgesinnten und den Kampfeswillen, um an den nächsten Nationalratswahlen erfolgreich zu sein.

Zum Schluss ging man in die Wallfahrtskirche, um die Nationalhymne zu singen. Der kräftige und klangvolle Gesang der Schweizer Demokratinnen und Schweizer Demokraten wurde auch durch Orgelmusik und Querflöte begleitet. Alle Teilnehmer waren sich einig, es war eine eindrückliche und gelungene Feier.

Kurt Koller, Lichtensteig

Expo.02 – Den Affen abgeschossen

1.-August-Feier der Schweizer Demokraten in Niederrickenbach



Rede von Rudolf Keller, e. Nationalrat und SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Liebe Gesinnungsfreundinnen, liebe Gesinnungsfreunde

Es freut mich, dass wir auch dieses Jahr wieder unseren Nationalfeiertag unter unserergleichen begehen können. Nur unter unserergleichen fühlen wir uns noch wohl. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur freien, unabhängigen und neutralen Schweiz, zu unserer schweizerischen Eidgenossenschaft. Das ist leider nicht mehr selbstverständlich, denn überall begegnen uns Leute, welche gar nicht mehr wissen, was der 1. August ist und wozu es diesen Tag überhaupt gibt. Sie gingen ans Fest, weil es «geil» sei. Gedacht haben sie dabei vor allem ans Feuerwerk, die Festerei mit möglichst viel Alkohol und beispielsweise das unsägliche Gedränge an den Basler Rheinborden. Der erste August sage Ihnen eigentlich sonst nichts, konnte man weiter hören. Den Vogel respektive den «Affen» abgeschossen hat dieser EXPO-1.-August-Fernsehsendungs-Verantwortliche, der am Schweizer Fernsehen erklärte, mit dem 1. August könne er sich nicht identifizieren. Aber er veranstaltet diese Fernsehsendung, die heute Abend landesweit auf den Fernsehkanälen ausgestrahlt wird. Er führt diese Veranstaltung mit speziell sexbesessenen kopulierenden Affen auf der Bühne durch – so quasi als pornographische 1.-August-Sexveranstaltung für Alt und Jung. Das ist pervers und kommt einer Enthauptung unseres Nationalfeiertages gleich. Die EXPO-Aufführungsverantwortlichen haben im Vorfeld darüber gelästert, dass es die Schweiz eigentlich nicht mehr brauche. Und das ganze Gefasel von Rütlichswur, Wilhelm Tell und Neutralität sei ebenfalls vorbei. An derselben sogenannten (in Anführungszeichen) «Feier» will auch Bundesrat Samuel Schmid das Wort ergreifen und weiter wird natürlich auch der liebe Franz Steinegger reden. Schämt Euch, ihr beiden, an einer solchen Nestbeschmutzer-Veranstaltung treten anständige Politiker nicht auf! Das ganze laufe unter dem Schutz der künstlerischen Freiheit und unter dem Siegel der Kultur ab. Wir bezeichnen das kurz, klar und deut-

lich als KULT – HUR! Ein anderer sogenannter «Kulturschaffender» wollte, dass an der besagten Feier keine einzige Schweizer Fahne zu sehen sei. Eine Aufführung, genannt «Black Tell», wollen Sie dem Volk zumuten und dabei soll eine Schweizer Fahne verbrannt werden. Wir Schweizer Demokraten haben dagegen gerichtliche Schritte eingeleitet. Das darf man sich nicht bieten lassen. Meine Damen und Herren, wenn dem so ist, dass ein Bundesrat an einer solchen Veranstaltung auftritt, dass einer solchen Aufführung mit der Anwesenheit eines Bundesrates noch amtlicher Charakter zugebilligt wird, dann haben wir es weit gebracht in unserem Lande. Dann müssen wir uns schämen für den Bundesrat und schämen für unser Land.

Es ist eine Schande, es ist eine Schweinerei, es ist eine Frechheit, es ist eine Nestbeschmutzung und es ist eine Erniedrigung unseres Landes,

wie sie noch nie vorgekommen ist. In keinem andern Land der Welt dürfte man sein Land am Nationalfeiertag dermassen verhunzen und in den Dreck ziehen. So etwas sollte strafbar sein und dies ist wahrlich nur in der Schweiz möglich. Keinem Franzosen oder Italiener käme so etwas überhaupt in den Sinn, und die Amerikaner würden sich wie ein Mann dagegen wehren, wenn in ihrem Lande eine solche Sauerei schon nur geplant würde. Aber an dieser EXPO ist alles möglich.

Expo-Geldvernichtungsmaschine

Ich weiss, warum ich schon in einer früheren Rede zum Boykott dieser sogenannten «Landesausstellung» aufgerufen habe. Diese EXPO ist bewusst darauf angelegt, unsere schweizerischen Grundwerte zu zerstören. Das Englische herrscht vor. Unsere italienische Landessprache ist praktisch inexistent. Und die Ausstellungsprojekte des Romanischgraubünden hat man auch beerdigt. Die vorherrschende Geisteshaltung trat schon bei der Eröffnungsfeier deutlich zutage, wo kaum jemand begriff, was diese Leute für -zig Millionen Franken Steuergelder überhaupt aufgeführt haben. Auf jeden Fall war es nichts, womit wir uns identifizieren konnten. Und mit «wir» meine ich weite Teile der Bevölkerung! Das passt – in einer Zeit, wo es in unserem Lande auch viele Leute gibt, die unter oder am Rande des Existenz-

Fortsetzung Seite 6

Expo.02 – Den Affen abgeschossen

Fortsetzung von Seite 5

minimums leben müssen – auch dazu, dass es eine EXPO-Geldvernichtungsmaschine gibt, dass Geschirr zerschlagen werden darf und eben dass die Schweizerfahnen zwangsverordnet werden mussten. Dies ist nicht unsere EXPO. Und wenn nicht Tausende von Schulklassen und Bundesangestellte zwangsweise – auch wieder mit Steuergeldern bezahlt – an die EXPO geschickt worden wären, so hätten die nur sehr wenige Zuschauerintritte. Ich stehe deshalb zum Boykottaufruf und appelliere nochmals an alle, bewusst nicht dorthin zu gehen. Es gibt tolle Alternativen zur EXPO, wie beispielsweise das Landesmuseum in Zürich, das Verkehrshaus in Luzern, das Technorama in Winterthur, das Swissminiarium in Melide, das Papillorama bei Neuenburg oder der Ballenberg bei Brienz. Für jeden und jede etwas! Schaut Euch diese kulturell wertvollen Institutionen, Museen und Ausstellungen wieder einmal an. Uebri-gens: Der EXPO hat man die Millionen nachgeschossen. Als das Technorama in Winterthur für einen bescheidenen Ausbau Bundesmittelhilfe beantragte, hiess es, man habe kein Geld. Gleich erging es dem Ballenberg. Auch für diese schäbige Haltung schämen wir uns.

Rentenklaue und erpresste Solidarität

Das Mass haben aber in unserem Lande nicht nur punkto Feuerwerk recht viele verloren. Beispielsweise diejenigen, welche überfallartig auf die Bevölkerung losgehen und ihr mitteilen, dass ihre Pensionskassenrenten wegen einer unterjährig einzuführenden tieferen Kapitalverzinsung nächstens herabgesetzt werden müssten. Gewisse Leute regieren und reagieren, wie wenn es das Volk überhaupt nicht gäbe, wie wenn das eine Manipulierungsmasse wäre, mit der man alles machen könne. Eine etwas differenziertere Haltung und etwas mehr Fingerspitzengefühl hätte man vom Bundesrat schon erwarten dürfen. Geht es doch bei einem solchen Zinsentscheid um unsere künftigen Renten. Dass das Volk darauf sensibel reagiert, kann man niemandem verübeln. Es wird immer schwächer, unsere Renten zu sichern. Dies gilt sowohl für die BVG-Renten als auch für die AHV. Und wenn das BVG schon auf leicht wackligen Füßen steht, was liegt da näher als zumindest alles zu tun, um die AHV zu stärken. In der Septemberabstimmung haben wir dazu die Möglichkeit. Die Volksinitiative, die wir unterstützen, ist klar formuliert: «Werden Währungsreserven für die geld- und währungspolitischen Zwecke nicht mehr benötigt, so sind diese oder deren Erträge von der Nationalbank auf den Ausgleichsfonds



Nationalrat Bernhard Hess (links) stellt die Kampagne gegen die Solidaritätsstiftung vor. Rechts: Organisator Kurt Koller.

der Alters- und Hinterlassenenversicherung zu übertragen.» Stärken wir darum in diesen sozial unsicheren Zeiten die AHV und nur die AHV. Von der erpressten sogenannten «Solidaritätsstiftung» wollen wir nichts wissen. Bei der AHV profitieren wir alle davon und es muss nicht noch eine neue Bürokratie aufgebaut werden wie bei der «Solidaritätsstiftung». Wenn diese Nationalbank-Gold-Erträge teilweise an die Kantone gingen, würde dort das Geld für manch fragwürdige Sache irgendwo versanden. Bei der AHV wissen wir wenigstens, wo das Geld landet. Direkt beim Volk. Darum rufe ich Euch alle eindringlich auf, für diese Volksinitiative Werbung zu betreiben.

Multi-Kulti aus dem Ruder

Meine Damen und Herren, wir sind bald täglich landesweit Zeugen einer ständig brutaler werdenden Kriminalität. Dieser Dauerzustand ist weitestgehend importiert, also einwanderungsbedingt. Aber Politiker und Medien verharmlosen das nach Strich und Faden. Es seien Einzelbeispiele, von denen man nicht auf die generelle Situation schliessen könne. Ein Basler Messerstecher war gar kürzlich eingebürgert worden, was abermals ein Beispiel dafür ist, was für Leute bei uns den Schweizerpass erhalten. All die Messerstecher beweisen, dass man seine Mentalität nicht so einfach ablegen kann, wie das unsere Multi-Kulti-Politiker gerne möchten. Mit dem Messer jemand töten oder verletzen, ich sage dazu ganz klar: Ein anständiger Schweizer tut so etwas nicht. Solche Vorfälle sind mit ein Grund, weshalb wir die Einbürgerungsvorschriften nicht lockern dürfen. **Wir Schweizer Demokraten werden nächstens das Referendum gegen diese Einbürgerungsliberalisierungsvorlagen ergreifen.** Mit guten Gründen. Denn wer zu dieser Liberalisierung ja sagt, der muss wissen, dass damit bestimmt nicht mehr Sicherheit einhergeht! Es ist leider eine Tatsache: Jede eingebürgerte Person wird bei uns wieder durch einen Neueinwanderer

ersetzt. Und bezogen auf die Gesamtbevölkerung unseres Landes bürgern wir fast drei Mal so viele Leute ein wie dies die EU Länder tun. Das heisst also, dass immer mehr Fremde ins Land drängen, und das bedeutet auch, dass wir echten Einheimischen bald einmal in der Minderheit sein werden. Diese Zeit ist bereits absehbar. Man muss sich die Dimensionen dieser Einwanderungspolitik vorstellen: Seit 1990 haben über 1,2 Millionen eingereiste Ausländer eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Momentan haben wir einen Ausländeranteil von bereits 25%, Tendenz steigend. Wir verlieren immer mehr unsere Identität. Immer stärker fühlen wir Einheimischen uns als Fremde im eigenen Land. Verständlich, wenn man sich darüber Rechenschaft gibt, dass es in unserem Lande bereits 178 Nationalitäten gibt.

Lebensraum ist begrenzt

Es ist aber nicht nur die Überfremdungs- und Entschweizerungspolitik von FDP, CVP, SVP und SP. Wir haben es auch mit einer zunehmenden Übervölkerung zu tun. Immer mehr Menschen wohnen in unserem geographisch eng begrenzten Lebensraum. Die Natur leidet und wird von den vielen Menschen geschunden. Jeden Tag verschwindet ein Stück Schweiz mehr unter Beton. Und diese Übervölkerung bringt auch immer mehr Probleme im Zusammenleben unter den Einheimischen und zwischen den Einheimischen und den Einwanderern. Leider ist es nicht schwer vorauszusehen, dass soziale Konflikte weiter zunehmen werden. Man sieht und erlebt es an den Schulen. Dort gelingt es nicht mehr, all die deswegen anstehenden Probleme zu lösen. Leidtragende sind unsere einheimischen Kinder und sogar mancher Eingewanderte, der unter den Folgen dieser verfehlten Einwanderungspolitik leiden muss. Nur ein Einwanderungsstopp brächte da Abhilfe. Wenigstens hat man es in andern europäischen Ländern jetzt gemerkt und beginnt damit, Gegensteuer zu geben. In vielen EU-

Ländern wird jetzt gar wieder der Vorrang der Einheimischen gefordert und man will entsprechende Gesetze verabschieden. Und dies, obwohl der durchschnittliche Ausländeranteil in der EU nur gerade 5,3% beträgt. Da dürfen wir Schweizer Demokraten guten Gewissens die politische Forderung in den Raum stellen, dass wir überall in der Gesellschaft den Vorrang der Einheimischen fordern.

Doch ein Sonderfall

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer: Eines will ich abschliessend aber gerne gestehen. Es war mir nicht bewusst, dass wir auch in Bezug auf unsere Landesfahne ein internationaler Sonderfall sind. Rechteckig müssten die Flaggen sein, welche vor dem UNO-Gebäude aufgehängt seien. Es geschehen noch Zeichen und Wunder, denn unser Bundesrat blieb für einmal hart. Er beharrte auf unserem Schweizer-Flaggenquadrat. Und nun hängt also ab September 2002 vor dem «geliebten» UNO-Palast fortan unsere Fahne, so wie sie geschaffen wurde. Die UNO hat den schweizerischen Flaggen-Sonderfall akzeptiert. Danke, «lieber» Bundesrat, dass Du für einmal konsequent geblieben bist!

Liebe Miteidgenossinnen und Miteidgenossen, bleiben wir in unseren Anstrengungen weiterhin konsequent heimatreu. Kämpfen wir für unsere politischen Ideale. Wir haben unser Land ganz einfach gern – und deshalb soll die Willensnation Schweiz weiterleben. Setzen wir uns gegen die staatszersetzenden Kräfte mit allen politischen Mitteln ein. Multi-Kulti und der EU-Einheitsbrei werden keine Zukunft haben. Die Zukunft gehört wieder uns, den nationalstaatlich denkenden Zeitgenossen. Die politischen Entwicklungen in Dänemark, Italien, Österreich, Holland und Frankreich sind ermutigend. Das lässt uns auch in der Schweiz hoffen – hoffen auf eine bessere Zukunft. **Lang lebe unsere Schweiz, vive la Suisse, viva la Svizzera.**



Gemeinsames Singen der Nationalhymne.

SD: Aufbruch nach vorn!

Auszüge aus der Ansprache von Nationalrat Bernhard Hess (SD, Bern)



Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

«Patriotismus verboten. Mit dieser Überschrift könnte man die mit Abermillionen von Steuerfranken subventionierte geistige Onanie von einigen gemüts-, ja wohl geisteskranken Kulturschaffenden an der Expo.02 bezeichnen. Für Sie harte Worte? Keinesfalls, wie die Fakten belegen.

Da wurde an der Expo ein Theaterstück aufgeführt, welches einen Schwarzen Tell, auf Neudeutsch «Black Tell» beinhaltet. Als Tiefpunkt dieser Aufführung von Unkulturschaffenden wurde dann am Ende dieses Deliriums sogar noch eine Schweizerfahne verbrannt. Ich frage Sie, liebe Gesinnungsfreunde: Wo gibt es so etwas auf der Welt, dass an einer Landesausstellung die eigene Nationalflagge in einer vom Staate subventionierten Aufführung verbrannt wird?

Schandausstellung

Jedenfalls haben wir Schweizer Demokraten unsere Pflicht erfüllt und mit Hilfe einer superprovisorischen Verfügung versucht zu verhindern, dass eine von Linksextremisten aus dem Umfeld der Berner Reithalle inszenierte Aufführung am heutigen Bundesfeiertag gezeigt werden kann. «Bedeppter» geht es nimmer: Sexbesessene Menschenaffen sollen in Schweizer verwandelt werden! Obschon ich, wie schon für das dekadente Expo-Eröffnungsspektakel als Nationalrat zwei Freibilllette zugestellt bekommen habe: An diese Schandausstellung gehe ich nie und nimmer hin. Nicht einmal 100 Afen könnten mich dazu bewegen! Heute begehen wir den Geburtstag der Eidgenossenschaft im Herzen der Schweiz. Vor 14 Tagen habe ich diese wunderbare Gegend erwandert und mir das Winkelrieddenkmal in Stans, den imposanten Tell mit Walter in Altdorf angeschaut. Besonders beeindruckt aber hat mich der Bundesbrief.

Vor 711 Jahren haben sich die Gründerväter versprochen, ja geschworen (ich zitiere aus dem Bundesbrief), «sich gegenseitig mit Hilfe, allem Rat und jeder Gunst, mit Leib und Gut beizustehen, und zwar innerhalb und ausserhalb der Täler, mit aller macht und Kraft, wider alle und jeden, der ihnen oder einem der Ihren irgend(wie) Gewalt antun, sie belästigen, schädigen

oder gegen ihr Leib und Gut Böses im Schilde führen wollten...» **Es stimmt mich traurig, dass am Anfang eines neuen Jahrtausends die Menschheit in ganz Mitteleuropa mehrheitlich so degeneriert ist, dass sie die Taten der Ahnen entweder bösartig verleugnet, oder wie unsere lieben Kulturschaffenden schlicht ins Lächerliche zieht.** Per Zufall ist mir in einem Buchantiquariat die Jubiläumsschrift zum 650-jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft in die Hände gefallen. Wie sich der Zeitgeist ändert! Heute vor 61 Jahren hat sich noch keine Bundesrätin erfrecht, der staunenden Öffentlichkeit kundzutun: «La Suisse n'existe pas!». Auch hatten wir noch keine Bundesräte, die vor ihren Entscheidungen die Fahnen in den Wind gehängt haben, um zu sehen, aus welcher Richtung der Wind eines schmierigen Medienkonzerns wohl wehen würde!

Kasino-Kapitalisten

Nein, kämpferisch waren die Wortdamals und der Wille zur Unabhängigkeit stand noch über dem «Shareholder-Value» der heutigen Kasino-Kapitalisten, welche nun nach dem Krankenversicherungs-Debakel und dem beabsichtigten Verschern der Nationalbank-Goldes mittels einer erpressten «Solidaritätsstiftung» auch noch mit unseren AHV-Renten und Pensionen ein leichtfertiges Pokerspiel veranstalten.

Einige «Schweizer», besonders diejenigen, die sich in der heutigen Zeit lieber als «Internationalisten», «Globalisten» oder «Weltbürger» sehen – im Klartext: Linksextreme, Heimatmüde und geldgierige Plutokraten (übrigens, diese delikate Mischung organisiert und führt auch die Expo durch) – wollen uns seit Jahren beibringen, dass die Schweiz gar nicht existiert.

Trotz dieser Widerwärtigkeiten wollen wir uns heute darüber freuen, dass die Schweiz bereits zum achten Mal dieses Jahr den 1. August als im ganzen Land offiziellen, in der Bundesverfassung verankerten arbeitsfreien Nationalfeiertag begehen kann. Etwas, das eigentlich selbstverständlich ist, musste bekanntlich durch uns Schweizer Demokraten hart – letztlich sogar mit einer Volksinitiative – erkämpft werden, weil die regierenden Parteien (wie in vielen anderen Fällen) den Puls des Volkes nicht spürten.

Scheuen wir uns nicht, unseren Mithürgerinnen und Mithürgern immer wieder in Erinnerung zu rufen, wem sie den arbeitsfreien Nationalfeiertag verdanken. Einzig uns Schweizer Demokraten!

Eine Bestandesaufnahme der gegenwärtigen innenpolitischen Situation unseres Landes ergibt jedoch leider ein wenig erfreuliches Bild.

Die Zahl der – zumeist unechten – Asylanten und illegalen Einwanderern steigt wieder deutlich. So nimmt insbesondere die Kriminalität von Asylanten und Illegalen bedrohliche Ausmasse an. In gewalttätig ausgetragenen Machtkämpfen haben Afrikaner den Drogenhandel in unserem Land an sich gerissen. So wird die Öffentlichkeit zunehmend Zeuge wie, beispielsweise im Bahnhof Bern, Zivilpolizisten wanzigköpfige Banden ausländischer Drogendealer überwältigen müssen, um sie danach – wie in einem billigen Gangsterfilm – gefesselt und aufgereiht am Boden zum Abtransport bereitzuhalten.

An dieser Stelle möchte ich es nicht unterlassen, unseren Polizeibeamtinnen und -beamten, den Zivilfahndern, den Angehörigen des Festungswachkorps, der Flughafenpolizei und den uniformierten Mitarbeitern von privaten Sicherheitsfirmen mein herzliches Dankeschön für die geleistete wertvolle Arbeit zu übermitteln.

Gerade für Euch muss es schmerzhaft sein, immer und immer wieder ansehen zu müssen, wie Übeltäter, vornehmlich aus dem Ausland, in der Regel nur wenige Tage, oft sogar Stunden, nach der Verhaftung wieder auf freien Fuss gesetzt werden, um weiter ihr Unwesen zu treiben.

Statt solch unseliger Entwicklung Einhalt zu gebieten, verwässert der Bundesrat unser Asylgesetz erneut. Bereits 1996 schuf der Bundesrat die Kategorie der «vorläufig Aufgenommenen» für jene Illegalen, deren Rückführung er nicht zu vollziehen wagt. Selbstverständlich bleiben dann beinahe all diese «vorläufig Aufgenommenen» für immer hier.

Verwässertes Asylgesetz

Kürzlich hat das Departement Metzler auf wundersame Art und Weise wieder eine neue Ausländerkategorie erfunden mit dem Ziel, das Absinken der Asylantenzahlen erneut vorzutauschen. «Integrativ Aufgenommene» ist neu das Zauberwort. Das bedeutet im Klartext, dass all jenen Asylbewerbern, welche unter dem Vorwand in die Schweiz gekommen sind, sie seien «an Leib und Leben gefährdet», neu fortan regelmässiger Familienkontakt auch in ihrer Heimat, ja sogar der Nachzug ihrer Familien in der Schweiz ermöglicht werden. Ein gefundenes Fressen für alle Schlepper: Neu werden sie ihren «Kunden» für horrenden Summen Familien-Dokumente verkaufen, damit Illegale mit gekaufter Familienbetreuung hier ihre Bleibe erzwingen können. Der Asylmissbrauch erreicht einfach eine neue Dimension.

Gleichzeitig bricht der Bundesrat zum xtenmal sein Versprechen, die Zuwanderung in unser kleines, dichtbesiedeltes Land endlich einzudämmen. Wir Schweizer Demokraten werden aber diesen Missständen nicht tatenlos zusehen und die Bevölkerung weiterhin über die schlimmen Entwicklungen informieren. Namhafte Persönlichkeiten in unseren Reihen befürworten denn auch eine neue SD-Initiative, welche die ungebremste Einwanderung von ausserhalb Europas stoppen soll, denn die Rekrutierung erfolgt immer mehr von ausserhalb unseres Kulturkreises. Wir Schweizer Demokraten haben auch ein neues Flugblatt über die Fakten zur Ausländerpolitik zusammengestellt, von denen man nicht spricht. Dieses ist ab sofort erhältlich.

Inkonsequente SVP

Erstaunt war ich aber auch über die SVP anlässlich der diesjährigen Frühlingssession im Nationalrat. Da forderte namens der SVP der kurz zuvor wegen Begünstigung zu Schwarzarbeit angezeigte Waadtländer SVP-Nationalrat Jean Fattebert in einer Motion, die Kontingentierung für Billig- und Billigstarbeiter aus Osteuropa sei insbesondere für Landwirtschaftsbetriebe aufzuheben. Unterstützt von einer deutlichen Ratsmehrheit bekämpfte ich dieses Ansinnen mit klaren Worten: **«Offensichtlich ist die SVP bereit, entgegen ihren Wahlversprechen, hier wieder eine neue Einwandererkategorie zu schaffen und somit auch den Lohn- und Druck wieder weiter anzuheizen.»** Persönlich halte ich mich mit Kritik gegenüber der SVP-Politik eher zurück. Die Wählerinnen und Wähler müssen aber wissen, dass mit der Wahl der SVP keinesfalls in jedem Fall auch ein konsequenter Einwanderungsstopp erreicht wird, wie jüngstes Beispiel eindrücklich belegt. **Auch in den Bereichen der Sozialpolitik verfolgt die Volkspartei eine Politik der sozialen Kälte.**

Hier ist denn auch die Marktlücke, die wir Schweizer Demokraten im parteipolitischen Spektrum besetzen sollten. **Heimattreu mit einem hohen sozialen und ökologischen Gewissen; dazu tierliebend und mit einem gesunden Menschenverstand beseelt.**

Werte Festgemeinde: Wir alle sind Eidgenossen! Unser Land nennt sich **Schweizerische Eidgenossenschaft** – und nicht etwa «Schweizerische Aktiengesellschaft» – und unsere Eidgenossenschaft wird – solange wir Schweizer Demokraten bestehen – niemals in eine anonyme, globalisierte, seelenlose und unmenschliche «Pseudo-Aktiengesellschaft» verwandelt werden können, wo Menschen nur noch als austauschbare Nummern gehandelt werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen besinnlichen 1. August.»



Kanton Aargau



Kein Aufenthaltsrecht für Drogendealer

SD Aargau fordern die sofortige Ausweisung

Die Schweiz ist seit Jahren bevorzugtes Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt. Mit einem Ausländeranteil von 20 Prozent (ohne Asylbewerber etc.) nimmt sie weltweit einen absoluten Spitzenplatz ein. In den kommenden Jahren wird die Schweiz nach Auffassung der SD Aargau mit weiterem Zugang von Asylbewerbern, auf Grund

des Wohlstandsgefälles zwischen Ost-West und Nord-Süd, zu rechnen haben. Die massenhafte Zuwanderung von grösstenteils nicht Deutsch sprechenden Ausländern, vor allem aus fremden Kulturkreisen, stellt Staat und Gesellschaft vor erhebliche Probleme. Wenn unser Land die Identität bewahren und die Integrationschancen der rechtmässig bei uns lebenden Ausländer sichern will, ist nach dem Dafürhalten der SD Aargau eine Begrenzung der Zuwanderung unabdingbar. Angesichts des Zuwanderungsdrucks aus weniger entwickelten Regionen nach Europa und somit prioritär in die Schweiz, müssen, nach Meinung der SD Aargau, Zuwanderungssteuerung und Zuwanderungsbegrenzung absolute Leitlinien der Politik bleiben. Wer vorläufig in der Schweiz leben will, muss sich nach Meinung der SD Aargau in die vorgefundene rechtliche, politische und gesellschaftliche Ordnung einfügen und die Grundwerte unserer Gesellschaft akzeptieren. In diesem Sinne ist der Massstab für Integration die in jedem Kulturstaat herrschende Leitkultur. In der Schweiz beruht sie somit auf der Grundlage europäisch-abendländischer Werte. Seit geraumer Zeit wird der Kanton Aargau mit Personen afrikanischer Herkunft geradezu überschwemmt. Dass sich dieser Personenkreis keinen Deut um unsere Rechtsordnung kümmert, spricht eine klare Sprache – denn nebst den finanziellen Zuwendungen durch die Behörden und dem Besitz von modernen Kommunikationsmitteln ist der grösste Teil dieser Einwanderer im Drogenhandel tätig. Die SD Aargau fordern auch aus sicherheitspolitischen Gründen von den zuständigen Behörden, drogendealende und kriminelle Ausländer sofort auszuweisen –

Fortsetzung Seite 9

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz/Bern-Land Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberraargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstr. 29, Köniz (erstmalig am 6. Sept.) Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen Sektion Wil und Umgebung	Am 25. September Stamm-Abend, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen (Busstation St. Fiden). Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikerstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Oktoberanlass der SD St. Gallen

Die militärisch geschützte Angriffssache Altstätten:
Aussenbesichtigung: von 3 Infanteriewerken (Knollenhausen), von 2 Bunkern (Ruppen). Innenbesichtigung: von der Sperre (Stoss). Geführt durch Thomas Uhler.
Treffpunkt ist am **Sonntag, 27. Oktober, 13.00 Uhr** beim Bahnhof Altstätten. Für weitere Auskünfte ist der Präsident erreichbar unter der Telefonnummer: 071 278 06 72.

verbunden mit einem dauerhaften Einreiseverbot. Im weiteren machen die SD Aargau auch die ausländischen Fluggesellschaften für

den Asylmissbrauch verantwortlich, welche den illegal in die Schweiz einreisenden Personen aus Gewinnsucht Beihilfe leisten.

sind auch der Auffassung, dass kriminelle Aktionen von «sogenannten ausländischen Gästen» eine Dimension erreicht haben, welche von der einheimischen Bevölke-

rung nicht mehr verstanden und länger toleriert wird.

Alle Medienmitteilungen verfasst durch René Kunz, Präsident SD Aargau

Fall Botschafter Borer:

SD Aargau fordern Rücktritt von Bundesrat Joseph Deiss

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau ist über den aktuellen Stand der Dinge im Fall von Ex-Botschafter Thomas Borer nicht sonderlich überrascht und fordert ohne Wenn und Aber den Rücktritt von Bundesrat Joseph Deiss. Die SD Aargau haben bereits früher das zweifelhafte Vorgehen von Blick und Sonntagsblick im Fall Borer scharf verurteilt. Für die SD Aargau ist klar, dass sich Bundesrat Deiss in seinem Abberufungsentscheid von der Boulevard-

presse beeinflussen liess. Für die SD Aargau ist es unverständlich, dass sich ein Mitglied unserer Landesregierung einer sensationslüsternen Zeitung gebeugt hat.

Nach Auffassung der SD Aargau hat sich Bundesrat Joseph Deiss selbst ins Abseits hineinmanövriert und der Schweiz erheblichen Schaden zugefügt. Bundesrat Joseph Deiss hat mit seinem Rücktritt aus der Landesregierung somit die Konsequenzen aus einer unrühmlichen Geschichte selbst zu tragen.

Ferienzeit – Reisezeit

Asylmissbrauch: Aufenthaltsentzug für Asylbewerber

Für die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau ist es unbegreiflich, dass Asylbewerber offiziell die Schweiz verlassen und in ihren Heimatländern ihre «Ferien» verbringen können. Wer aus welchen Gründen auch immer in die Schweiz geflüchtet ist und einen Asylantrag gestellt hat, sollte nach Auffassung der SD Aargau auch wirklich verfolgt worden sein. Wenn Asylbewerber aber in die «Ferien» reisen können, gelten sie nach Meinung der SD Aargau als nicht verfolgt.

Die SD Aargau fordern deshalb vom Gesetzgeber, dass allen Asyl-

bewerbern, welche ihre «Ferien» in ihren Herkunftsländern verbringen, die Einreise in die Schweiz verweigert wird. Asylbewerbern, welche die Schweiz aus «Feriengründen» verlassen, ist der Anspruch auf erneute Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nicht mehr zu gewähren. Wenn im weiteren ein anerkannter Asylberechtigter im Besitz eines gültigen und von einer schweizerischen Behörde ausgestellten Aufenthaltsdokumentes ist, sollte nach Meinung der SD Aargau die Aufenthaltserlaubnis im Fall der Ausreise in sein Herkunftsland als erloschen betrachtet werden.

Stopp der Gewalt!

Petition der Schweizer Demokraten SD des Bezirks Kulm eingereicht

Die SD fordern Bürgerwehren zur Eindämmung der Gewalt und Kriminalität.

Die Schweizer Demokraten SD des Bezirks Kulm haben am 29. Juli 2002 der Staatskanzlei des Kantons Aargau, zuhanden des Regierungsrates, die von 390 Personen unterzeichnete Petition «Stopp der Gewalt» zugesandt. Für die SD hat die Eindämmung der Ausländergewalt aus sicherheitspolitischen Gründen nach wie vor eine hohe Priorität. Forderungen und Lösungsvorschläge zur Eindämmung der Gewalt haben in der Bevölkerung ein breites Echo gefunden, nachdem die SD in den vergangenen Monaten die Ausländergewalt stark thematisiert und zugleich mit einem parlamentarischen Vorstoss

intensiviert haben. Die SD reagieren mit der Petition auf die zunehmende Ausländergewalt und auf die immer grösser werdende Verdrossenheit der Bevölkerung. Die Ausländergewalt darf nach Meinung der SD keinesfalls bagatellisiert und verharmlost werden. In ihrer Petition fordern die SD vom Regierungsrat die konsequente Durchsetzung des Waffentragverbots für gewisse Ausländerkategorien, vermehrte Personenkontrollen und die Einleitung von Massnahmen zur Sicherheit der Bevölkerung. Im weiteren fordern die SD, dass die Gewaltanwendung von Ausländern und die organisierte Kriminalität generell unterbunden und die Schaffung von Bürgerwehren in Betracht gezogen wird. Die SD

Aargauische Volksabstimmung vom 22. September 2002
«Einbürgerungen von Ausländern an die Urne»

Keine Verschleuderung des Schweizerpasses

Schweizerinnen und Schweizer: Jetzt an die Urne!

- Weil durch die Eingebürgerten die Einwanderung – meist aus fremden Kulturen – angeheizt wird!
- Weil viele Eingebürgerte kaum unsere Sprache sprechen und verstehen, ganz zu schweigen vom Verständnis unserer Sitten und Bräuche!
- Weil über etwas so Wichtiges wie Einbürgerungen an der Urne abgestimmt werden muss!
- Weil heute in vielen Gemeinden viel zu leichtfertig eingebürgert wird!
- Weil nur die Urnenabstimmung Gewähr bietet, dass ausschliesslich integrierte Menschen bei uns eingebürgert werden!
- Weil wir Schweizer heute Bürger 2. Klasse sind, denn die meisten Neuschweizer dürfen ihren alten Pass behalten!

Integration kommt vor Einbürgerung!

Deshalb am 22. September 2002:

Ja zur aargauischen Volksinitiative
«Einbürgerungen von Ausländern an die Urne»



Kanton Bern



Gratulation an die Berner Bürger

Bald werdet ihr eine neue Bürgerin haben: Sie heisst Zamzam Maxamuud Cabdulgaadir und kommt aus Somalia. Laut COOP-Zeitung vom 31. Juli 2002 (sozusagen als «frohe Botschaft» zum 1. August) kam Zamzam als 12-jährige mit ihrer Familie aus Somalia in die Schweiz. Als 19-jährige kann sie sich (nota bene als lediglich «vorläufig Aufgenommene») bereits einbürgern lassen, da die Schuljahre doppelt zählen! Und noch etwas «Erfreuliches»: Die Eltern und ihre fünf Geschwister werden jetzt zweifellos ebenfalls auf immer in der Schweiz bleiben können, denn man kann doch (laut der Huma-

nitätsduselei unseres Bundesrats) Familien nicht auseinander reissen! Und wer weiss, wieviele Grosseltern, Tanten, Onkel, Cousins und Cousinen der Neubergerin in den nächsten Jahren im Rahmen der «Familienzusammenführung» unseres Bundesrates noch nachkommen werden. Ich muss immer wieder dieselbe Feststellung machen: Die Schweiz muss wirklich ein sehr gesundes Land sein, dass sie immer noch besteht, trotzdem wir seit Jahrzehnten fast nur komplett unfähige Bundesräte haben.

Dragan Najman, Baden



Kanton Thurgau



Krankenkasse auf Notfallstation

Jetzt kommen die «Segnungen» des hochgejubelten EWR-Vertrages, die dem Volk verschwiegen wurden! Öffnung und Marktkräfte sollen arbeiten, hiess bei der Abstimmung die Devise der Regierungsparteien und Medien! Und was erleben wir heute? Die hochgejubelten offenen Grenzen sind eine Falle. Warum denn sonst verfügt BR Ruth Dreifuss einen 3-jährigen Ärztestopp? Die weitere

Ausblutung der Krankenkassen will sie so verhindern! Aber wie kann man das Volk vor einer EWR-Abstimmung derart in die Irre führen, eine EWR-Öffnung predigen, um heute mit absolut protektionistischen Mitteln die schlimmsten Auswirkungen notfallmässig zu verhindern? Von einer wirklichen Lösung dieser Fra-

Fortsetzung Seite 10



Kanton Basel-Stadt



Abstimmung vom 22. September in Basel-Stadt

Nein zum Grossratsbeschluss betreffend Abbruch der «Zürich»-Häuser!

Direkt beim entstehenden Messeturm – an der Rosentalstrasse 9, 11 und 13 – befinden sich 39 Wohnungen, die bis anhin als gesunde Wohnsubstanz bezeichnet wurden. Den Wohnungen gegenüber liegt übrigens die Rosentalanlage. Plötzlich soll nun alles anders sein, da die Eigentümerin dieser Liegenschaft, die Zurich Financial Services «Zürich» an deren Stelle ein Geschäftshaus errichten will. Warum wohl?

Dringlichkeit?

In der Mai-Sitzung des Grossen Rates wurde die Umzonung der genannten Parzelle behandelt – und dies mit Dringlichkeit – damit die Rampe für das Parking des Messeturms noch rasch in den Neubau integriert werden könn-

te... Dieses Argument wurde schlichtweg herbeigeredet – schauen Sie sich die im Rohbau befindliche Parkingeinfahrt an und Sie werden feststellen, wie grosszügig diese Einfahrt schon jetzt fast fertiggestellt ist. Dem Dringlichkeitsbegehren wurde leider – trotz erheblichem Widerstand im Grossen Rat (darunter die SD-Fraktion) stattgegeben und letztlich auch der Gesamtvorlage zugestimmt.

«Argumente» des Regierungsrates sind unhaltbar und undemokratisch!

Der Regierungsrat behauptet (erstmalig in einer Medienmitteilung vom 18. Juli 2002 und weshalb denn nicht gleich bei Einreichung der Referendumsunterschriften

am 26. Juni 2002 oder gleich danach?), dass die Referendums-träger auf einen «unzutreffenden Grossratsbeschluss» Bezug nehmen. Diese Aussage beurteilen nicht nur die Schweizer Demokraten als falsch. Denn – sollte der Souverän den zur Diskussion stehenden Grossratsbeschluss in der Abstimmung ablehnen, entfällt u.a. die Ermächtigung an den Regierungsrat zum Abschluss der Baurechtsverträge.

Ferner dürfen die bestehenden Bau- und Strassenlinien nicht geändert werden. Somit würde der Bauherrschaft («Zürich») auch

kein Baurecht für den geplanten Bürokomplex mit den drei unterirdischen Geschossen zugestanden. Das von 4599 Unterzeichnern unterstützte Referendum – wovon ein kleinerer Anteil von Seiten der Schweizer Demokraten eingereicht wurde – verlangt eine Volksabstimmung zur Verhinderung des Abbruchs der «Zürich-Häuser». Sollte der Regierungsrat das (ablehnende) Resultat der Abstimmung nicht respektieren wollen, werden sich (leider) noch gerichtliche Instanzen mit dem Thema befassen müssen.

SD-Kantonalpartei BS

Keine Spekulation auf Kosten der Mieter und keine Verlüderung der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb stimmen wir NEIN!

Krankenkasse auf Notfallstation

Fortsetzung von Seite 9

gen kann ja ohnehin nicht die Rede sein! Opposition und warnende Stimmen wurden bei der EWR-Abstimmung unterdrückt; ihre Stellungnahmen kaum gebracht. Das Volk durfte die «anderen Argumente» nicht erfahren. Und nun? Wurden nicht alle schlicht und einfach betrogen? Unsere Krankenkassen «liegen auf der

Notfallstation»! Die Prämien sind unbezahlbar geworden. Seit Jahren werden sie ja auch von viel zu vielen Neueinwanderern und Asylanten ausgenutzt und buchstäblich missbraucht. Statt wie versprochen sinkende Prämien haben wir Jahr für Jahr noch höhere Prämienlasten. Müsste Frau Dreifuss nicht endlich Farbe bekennen und dem Volk die Wahrheit sagen?

*Schweizer Demokraten Thurgau
Kant. Parteileitung, GL Thurgau*

Ziele, um gegen Bürokratie, Staatsapparat und Ohnmacht anzukämpfen. Regierungsräte sind keine Chefs, die «regieren», sie haben in erster Linie dem Volk zu dienen.

Darum ist ein Regierungsrat nichts anderes, als ein Vertrauensmann des Volkes, ein Statthalter des Kantons, der vollziehen muss, was in den Gesetzen vom Volke beschlossen wurde. Wo aber sind heute die Regierungsräte, die diesen Auftrag erfüllen? Wo?

zu über 90% aus Schweizer Kassen finanziert. Auch die Katamarane Friedrichshafen-Konstanz sollen billiges, deutsches Personal in die Schweiz transportieren. Wo aber bleibt da der Volkswille und wo bleiben die beinahe 100'000 Arbeitslosen und all jene Beitragszahler, die sie finanzieren? Soll also, nach diesem FDP-Fiasko, ausgerechnet wieder ein FDPler Einsitz nehmen? Mit welchem Recht?

Wen soll ich denn vertreten?

«...die machen ja doch, was sie wollen...», sagen viele der 60%, die nicht mehr an die Urnen gehen – sie möchte ich vertreten, ihnen Mut machen. Von den restlichen 40%, die noch stimmen gehen, hoffe ich, jene zu überzeugen, die mit den Regierungsparteien nicht einig gehen. Dazu gehört auch die aktive Opposition, so auch jene, die mit uns seit Jahren gegen Filz und Manipulation ankämpfen. Trotz Medien-Maulkörben und minimalem Werbeaufwand erhielt ich bei der letzten RR-Wahl beinahe 16'000 Stimmen.

Soll wieder ein FDP-Vertreter Anspruch haben?

RR Dr. Lei musste zurücktreten, weil er versagt hat. Aber hat RR Lei nicht sehr viel mehr gegen den Volkswillen «gesündigt»? Der Thurgau sagte Nein zum EWR, trotzdem hat er krampfhaft eine Klein-EU rund um den Bodensee installiert. Sechs «Zugvogel»-Schnellzugspaare verkehren nach und von Zürich ab Konstanz heute

Ein Regierungsrat muss den Volkswillen vollziehen!

Das heisst, endlich die Gesetze vollziehen! Weitere Anliegen sind: Steuern reduzieren, Schulden (215 Mia.) abbauen und Familien dringend stärken! Die Krankenkassenmisère ist eine Folge der Einwanderung und des Asylmissbrauchs. Ein unwürdiger Asylverfahren kostet Milliarden. Gesetze müssten für alle gelten, Gerichte wieder glaubwürdig werden, Straftäter härter angefasst und die Einwanderung streng kontrolliert werden. Eine gesunde Demokratie braucht breite und offene Information – ohne Maulkörbe, auch nicht für die Opposition! Kein Filz, eine intakte

Anzeige

Eine GmbH
wäre eine Alternative

Planen Sie die Selbständigkeit oder wollen Sie Ihre Firma umwandeln?
Sprechen Sie mit uns.
Rufen Sie uns unverbindlich an.
01 / 946 00 51

Betriebsberatung + Treuhand
Friedrich Auf der Maur, Stationsstr. 12, 8604 Hegnau

Willy Schmidhauser (59) in den Regierungsrat!

«Ich bin kein Politiker, ich möchte Hoffnungsträger sein»



*Willy Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen*

Ich bin lediglich ein Bürger, der endlich jene Menschen ehrlich und fair vertreten möchte, die sich angewidert abgewendet haben. Es soll im Thurgau eine echte Wahl möglich werden. Als Regierungsrat will ich nicht ein «persönliches Programm» durchdrücken, sondern die Gesetze, die das Volk angenommen und beschlossen hat endlich 1:1 umsetzen – zum Wohle

aller und für alle mit gleich langen Spiessen!

Eigentlich geht es mir gar nicht ums kandidieren...

Als Regierungsrat zu kandidieren, mag für viele Leute verlockend klingen, doch für mich ist diese Kandidatur eher ein Muss, eine Verpflichtung für meinen Thurgau und unsere Menschen, um die weit verbreitete Ohnmacht Resignation und Passivität aktiv anzugehen! Ich will Mut machen...

Wir brauchen Regierungsräte, die dem Volke dienen wollen mit ehrlicher, offener und gradliniger Arbeit und breiter umfassender Information! Ich habe keine Verpflichtungen oder Verwaltungsratsmandate. Transparenz und ein vertrauensvolles Miteinander sind

Natur und dynamische, sichere Arbeitsplätze!

Seit über 60 Jahren geht es mit den Regierungsparteien bergab!

Mit etwas über 20% der Stimmen werden heute Vorlagen angenommen und Volksvertreter gewählt! Probleme wachsen den Regierenden regelrecht über die Köpfe. Dazu kommt, dass sie leider und immer wieder ihre egoistischen Interessen in kurzsichtiger Art durchzusetzen versuchen. Sie merken nicht, dass mehr Einwanderung sicher die Bauerei und den Konsum ankurbeln, aber gleichzeitig die sozialen und Integrationskosten erhöhen. Sie merken auch nicht, dass so leben und produzieren im Thurgau immer teurer werden (Entsorgungen, Auflagen, Böden, Nebenkosten etc.) und mehr und mehr Firmen gezwungen werden, ihre Produktion und ihre Arbeitsplätze ins billigere Ausland auszulagern...

Opposition und Bauern kriechen – es leben die Multis...

Alles wird getan, um eine dringend nötige Opposition in der Demokratie mundtot zu machen. Wir hatten uns gegen schnelle Öffnungen ausgesprochen und mahnten, dass Multis immer mächtiger würden und unser Volk täglich mehr erpresst werden könne. Heute sind unsere Bauern bereits die Prügelnaben der Nation und andere Berufsgruppen werden ihnen folgen! Im offenen Europa werden nicht nur die Milchpreise von mächtigen Abnehmern gedrückt und drohen unsere Familienbetriebe zu vernichten. Andere Betriebszweige werden genauso in den Mühlen der Mächtigen dieser Welt zerrieben und unsere Unabhängigkeit wird nichts weiter als zur Farce.

Milliarden für faire Verfahren – das Pack bleibt!

Hunderttausende aus aller Welt haben Asylrichtungen, Sozialwerke und Rekursmöglichkeiten

Anzeige

Zu vermieten

ab Mitte November 2002 am Tüfwisweg 6 im steuergünstigen Winkel (Steuerfuss 78%), grosszügige, helle

4 1/2-Zimmer-Wohnung

mit originellem Grundriss (ca. 105m²), rollstuhlgängig, im 1. Obergeschoss. Wohnzimmer mit Cheminée, Wohn- und Essbereich mit Parkettböden, moderne Küche mit Bar, Balkon, geräumige Zimmer, 1 Bad/WC, 1 Dusche/WC, Keller, Estrich und separater Wasraum (Waschmaschine und Tumbler) sowie Einzelgarage. In grüner Umgebung unweit von Post, öffentlichen Verkehrsmitteln und Einkaufsmöglichkeiten (250m).

Preis: CHF 1900.– exkl. NK

Interessenten melden sich bitte bei: Philippe Senn, Telefon 079 205 60 79, E-Mail: schenk.senn@flyaway.ch

für mehr als 1 Milliarde Franken pro Jahr durchlaufen. Erwartungsgemäss wurden viele im Namen echt Verfolgter abgewiesen. Mit Hilfe von Linken und «Hilfswerken» haben sie dann ihre Papiere vernichtet, denn ohne, können sie nicht mehr ausgewiesen werden. Frau BR Metzler will jetzt 500'000 «vorläufig hier lassen»; wenn sie aber jetzt bleiben können, bleiben sie immer! Wo aber bleiben die Versprechen der Regierenden? Was nützen überhaupt noch unsere Gesetze? Zudem wurde ja die Überwachung unserer Grenzen laufend abgebaut, eine bessere Kontrolle sei unmöglich, meint die Bundesrätin. Trotzdem soll die Grenzwache weiter abgebaut werden für die Öffnung zur EU hin - Volksmeinung und Volksentscheide hin oder her...

Krankenkassen werden geschröpft

X-mal hat man erklärt, die Krankenkassen könnten höchstens etwa 40'000 Einwanderer pro Jahr aufnehmen, da diese sehr oft einen grossen gesundheitlichen Nachholbedarf hätten und viele nur zur ärztlichen Betreuung in unser Land kämen. Leider werden uns auch in diesem Jahre wieder total falsche Zahlen präsentiert! Über 100'000 Einwanderer sind neu gekommen, etwa 40'000 die hier einige Jahre gearbeitet haben oder pensioniert wurden, sind gegangen. Also sagt man dem (dummen) Volke, es seien nur 60'000 Einwanderer mehr. In Tat und Wahrheit belasten unsere Krankenkassen also über 100'000, dazu kommen die Asylanten aus aller Welt, die Papierlosen, die Saisoniers, Kurzaufenthalter und andere Zuwandererkategorien. Sie alle machen letztlich jede Krankenkasse bankrott, wenn nicht die Prämien Jahr für Jahr unsinnig angehoben werden und so ältere Menschen, Familien und viele Lohnempfänger sich die Krankenkasse gar nicht mehr leisten können.

Ein unsägliches Schul-Debakel!

In den Schulen wird infolge fortschreitender, komplexer Multikultur immer mehr abgebaut. Christlich-abendländische Kultur ist «out», internationalistische Multikulti in! Heutige Familien aber brauchen dringend menschliche und materielle Förderung. Kinder haben, sie lieben und zu starken Menschen erziehen, muss Vorbild für unsere Gesellschaft sein. Intakte Familien sind den linken und alternativ-grünen Forderungen nach Förderung von Tagesschulen und Mittagstischen – weil die Mütter gezwungen sind, einer Arbeit nachzugehen oder sich selbst verwirklichen wollen – unbedingt vorzuziehen. Das allgemeine Schulniveau sinkt bei immer grösseren und grundverschiedenen, zum Teil miteinander verfeindeten Ausländergruppierungen gewaltig, die Basis einer vitalen und wirtschaftlich gesunden Schweiz geht zusehends verloren.

Einwanderung macht alles kaputt!

Kontraproduktive Einwanderung bringt uns immer mehr Fesseln. Aber auch Böden, Leben und produzieren werden immer teurer. Baufirmen mit billigen Ausländern machen zwar gute Umsätze, aber jede Produktion wird täglich teurer, Betriebe müssen schliessen oder Arbeitsplätze in die Billiglohnländer auslagern. Aber auch unsere eigene Kultur und Religion, unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit, Moral, Anstand, Ethik, Menschenwürde, Liebe und Heimat kommen unter die Räder oder müssen zurückgestellt werden, um andere nicht zu «behindern» – wir werden Fremde im eigenen Lande. Die rasche Islamisierung, vor allem in Anbetracht massivster Christenverfolgungen in der Türkei, Afrika, Asien, Arabien u.a. müsste gebremst werden.

Unfähige und unglaubliche Regierende...

Wir haben zwar schöne Gesetze und Volksentscheide, aber Regierende halten sich kaum daran! Bes-

tes Beispiel sind die Tamilen. Sie müssten im nächsten, demokratisch regierten Lande Asylantrag stellen. Allerspätestens also in Italien, Österreich, Deutschland oder Frankreich! Es geht aber den Regierenden um billige Arbeitskräfte. Genau das sind die Tamilen seit Jahren; so werden Gesetze einfach zurechtgebogen... Schwarze Asylanter etwa aus Nigeria oder Angola gehören zumeist zur kriminellen Oberschicht ihrer Länder. Sie fliegen ins Zentrum von Europa, um hier ihre Anträge zu stellen und zwischenzeitlich namhafte Geschäfte mit Drogen und Menschenhandel zu machen. Auch da ist Bundesrätin Metzler völlig ohne jede Glaubwürdigkeit, der Druck von den Kantonen ist zu large! Unser Land ist attraktiv für Nutzniesser!

Appell an alle!

Ich appelliere hiermit an alle, die unser Land lieben und schätzen, kommen Sie an diese Wahl und wählen Sie die Opposition – im Namen unserer Kinder und unserer Freiheit. Danke.



SD: Nein zur Registrierung homosexueller Paare

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die kantonale Abstimmung vom 22. September 2002 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare Nein
Volksinitiative «Für eine geringere Besteuerung der Seniorinnen und Senioren Ja
In einer Zeit des rasanten Zerfalls gesellschaftlicher Strukturen wäre es dringend notwendig, mit einer möglichst umfassenden Förderung normaler Familien Gegensteuer zu geben. Mit dem vorliegenden Ge-

setz wird stattdessen die Homosexualität gefördert.

Die 1999 erfolgte Totalrevision des Steuergesetzes brachte eine plötzliche und massive Mehrbelastung der Rentnerinnen und Rentner. Unter diesen gibt es nach wie vor viele, die von einer knapp bemessenen Rente leben müssen und schon unter den ständig steigenden Krankenkassenprämien sehr leiden. Die gesetzgeberische Fehlleistung von 1999 muss zumindest insoweit korrigiert werden, als Rentnerinnen und Rentner mit niedrigem Einkommen deutlich zu entlasten sind.

SD protestieren gegen regierungsrätliche Pläne für neue Masseneinwanderung

Mit Bestürzung und schärfstem Protest nehmen die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich zur Kenntnis, dass der Zürcher Regierungsrat noch mehr Ausländer ins Land holen will, um der angeblichen «Überalterung» zu begegnen.

Die Regierung beabsichtigt damit, die grössten politischen Fehler der 60er- und 70er-Jahre zu wiederholen: Statt die Grösse und die Struktur der Wirtschaft der vorhandenen Bevölkerung anzupassen, wird die Wirtschaft mittels Masseneinwanderung aufgebläht. Die demographischen Probleme werden damit nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben, denn auch die neuen Einwanderer werden in ein paar

Jahrzehnten das Rentenalter erreicht haben. Jede weitere Einwanderung verschlimmert die Übervölkerung und Verbetonierung des Landes. Sie ist angesichts der bereits bestehenden Überfremdung mit ihren verheerenden Auswirkungen u.a. im Schul-, Sicherheits- und Sozialwesen auch ausländerpolitisch nicht mehr verkraftbar und verschärft auf dem Buckel der Mieterinnen die Wohnungsnot.

Die Schweizer Demokraten werden daher die Pläne des Regierungsrats mit allen politischen Mitteln bekämpfen und sind überzeugt, dabei die Mehrheit des Volkes hinter sich zu wissen.

Christoph Spiess-Baumgartner,
SD Kanton Zürich

Schweizerkreuz-Leibchen verbieten?

Im Namen der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich möchte ich im Rahmen einer persönlichen Erklärung meinem Befremden ob gewissen Lehrerinnen und Lehrer Ausdruck geben, welche ihren Schülerinnen und Schülern das Tragen der roten T-Shirts mit Schweizer Kreuz verbieten wollen. Ein solches Verhalten von Staatsangestellten gegenüber jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist – gelinde ausgedrückt – eine Frechheit. Für ein Verbot der sogenannten «Schweizer-Leibchen» in der Schule gibt es keinerlei Rechtsgrundlage. Die unzulässige Massnahme wird offenbar damit begründet, dass das Tragen dieser Shirts die ausländischen Mitschüler provoziere. Soweit sind wir also schon!

Einwanderer aus fernen Ländern tragen hier ungeniert ihre Landestracht und zeigen damit, dass sie gar nicht daran denken, sich anzupassen. Stellen Sie sich das Geschrei vor, das einsetzen würde, wenn man moslemischen Mädchen das Tragen eines Kopftuchs verbieten würde! Mir ist sogar ein Fall bekannt, in dem man einen Schüler aus dem Kosovo vier Wochen lang

wegen des Ramadan vom Schwimmunterricht dispensierte, weil er beim Schwimmen versehentlich Wasser schlucken könnte. Wir Einheimischen hingegen sollen nicht mehr offen dazu stehen können, dass wir Schweizer sind und einen berechtigten Stolz auf unsere Heimat empfinden. Schon den Kindern versucht man einzutrichtern, dass dieser Stolz etwas Anrüchiges und Unanständiges sei!

Wir Schweizer Demokraten fordern Bildungsdirektor Regierungsrat Buschor auf, gegenüber der Lehrerschaft unverzüglich klarzustellen, dass das Tragen des Schweizer Kreuzes Ausdruck der Heimatliebe und jederzeit erlaubt ist. Ganz allgemein wäre es ja höchste Zeit, der Schweizer Geschichte und Kultur im Unterricht wieder mehr Gewicht zu verleihen und den Patriotismus zu fördern statt ihn zu unterdrücken.

Überall auf der Welt sind die Menschen stolz auf ihre Heimat und ihre Kultur. Seien wir froh, dass auch immer mehr junge Schweizerinnen und Schweizer so empfinden und dies auch offen zeigen!

Rolf Boder, SD-Kantonsrat Winterthur, im Zürcher Kantonsrat



Darum rufe ich Jung und Alt auf, die Gold-Initiative voll zu unterstützen, bei einem NEIN für den BR-Gegenvorschlag. Gold bzw. deren Erträge gehören dem Volk und daher in keine andere Kasse als in die AHV. Und auch die linke Initiative «Teile der NB-Überschüsse in die AHV» muss zustande kommen.

men. Es darf nicht sein, dass unser grosses Sozialwerk unter der Konkurrenzierung SP/Bürgerliche leidet. Wer unsere AHV retten will, jetzt und in Zukunft, und das ohne horrende, soziale MWST-Erhöhungen, sagt am 22. September JA zur Gold-Initiative!

Klaus Hofmann, Münchenstein

Gauner in Nadelstreifen

Nachdem 800 Mio erpresste US-Dollar als Holocaust-Entschädigung für die Inhaber, resp. deren Erben, von nachrichtenlosen Konten aus der Schweiz in die USA abgezogen worden sind, fragen sich die Schweizer mit Recht was mit dieser immensen Summe geschehen ist.

Der vom zuständigen amerikanischen Schiedsgericht festgelegte und praktizierte Verteilungsschlüssel sollte an dieser Stelle jedem Wiedergutmachungs-Fanatiker die Augen öffnen und ihn endgültig eines Besseren belehren. Mehr als die Hälfte der bisher eingesetzten Gelder wurden in die Taschen der Mitglieder des Schiedsgerichts umgeleitet, als sogenannte Arbeitsentschädigung. Von den 32'000 Rückerstattungsgesuchen wurden erst 135 Fälle ausbezahlt! Diese unglaubliche Schlamperie und Verzögerungstaktik verfolgt ein einziges Ziel: Je länger die Auszahlungen an die als Zielgruppe bezeichneten Empfänger verzögert wird, umso mehr verlängert sich die Legitimation des Schiedsgerichts und seiner Mitglieder, die Monat für Monat Arbeitsentschädigungen kassieren, von deren Höhe der einfache Bürger sich nicht einmal zu träumen getraut. So erhält der Generalsekretär monatlich Fr. 46'670.-, sein Stellvertreter immer noch 29'000 Franken.

Trotzdem, das Ende des Geld-

segens ist auch für die amerikanischen Profiabzocker voraussehbar. Neue Geldesel müssen her. Was einmal dank eines schwächlichen Bundesrates so schön funktioniert hat, kann doch auch ein zweites Mal gelingen. Neue Opfer müssen her – Südafrika ruft.

Fagan scheut sich nicht, eine schwarze Mutter auf den Zürcher Paradeplatz mitzuschleppen und als von der Schweiz verschuldetes Apartheidsopfer zu präsentieren, sozusagen als Legitimation für den erneuten Erpressungsversuch gegen die Schweiz.

Es erstaunt nicht, dass vornehmlich ältere Schweizer Bürgerinnen und Bürger sich vehement zu wehren beginnen, haben sie doch nahe an der vergangenen Geschichte gelebt anders als unsere wenig informierte Jugend.

Die aufgebrachte Generation wehrt sich nicht nur gegen den von Ed Fagan geforderten zweistelligen Milliardenbetrag zwecks Wiedergutmachung, sondern sie kämpft auch gegen eine erneute Erniedrigung der Schweiz und für die Würde dieses Landes. Dies verdient unsere Hochachtung und unsere tatkräftige Unterstützung. Lassen wir uns nicht ein zweites Mal hereinlegen – von auf Selbstbereicherung ausgerichteten Parasiten, den US-Gaunern in Nadelstreifen.

Dieter Beyeler, Stadtrat SD, Bern



Zum 1. August

*Uf em Rütli si sy zämecho,
die drei wackere Schwyzer Manne,
hei bschlosse ewig zämezstoh
und nie enand la falle.
Dä Schwureid anno dazumal
sött me hüt meh reschpektiere,
mir hätte weniger Problem i üsem
Land,
we me besser würd' regiere!*

Heidi Bosshardt, Bolligen

Mit Gold AHV retten!

Unserem Bundesrat traue ich längst nicht mehr; schon gar nicht den Herren Villiger, Deiss und Leuenberger, die stets mit der Miene des eben im Examen durchgeraselten Oberlehrers auftreten, eine Mischung aus entsetzt und hilflos. Frau Dreifuss verstand von AHV und Krankenkasse stets noch weniger als ihr «Vize» Otto Piller. Also muss das Volk die AHV retten!

BR Villiger verhöhnt die Rentner seit er deren AHV voll versteuern lässt, ein Affront. Er bestreitet, die unselbige Solidaritäts-Stiftung (Holocaust) sei im Schlepptau der Milliarden-Erpressungen 1997 aus den USA erfolgt. Dabei gestand alt BR Koller am 5. März 1997 coram publico, dies sei als Befreiungsschlag gedacht. Sie sollten das heute nicht abstreiten, Herr Villiger.

Solidarität und weltweite Spenden leisten wir mit mehr als 2,5 Milliarden jährlich (nicht eingerechnet

private Spenden und Organisationen) schon genug, allein schon an sogenannte «Asylanten» und Ausländer-Sozialhilfen. Ganz zu schweigen von den UBS 2 Mrd. für Holocaust-Opfer die davon leider bis heute wenig sahen. Die Soli-Stiftung ist das Resultat einer infamen Erpressungs-Kampagne und schon lechzen die gleichen Kreise um Richter Korman erneut nach unseren Soli-Geldern.

Die Kantone aber sind fett genug; sie sollen endlich lernen zu sparen. Unsere AHV ist dank zwei Jahren guter Wirtschaftslage in einem kleinen Zwischenhoch, wird aber demnächst wieder in tiefrote Zahlen abgleiten. Der BR verschweigt dies bewusst bis zum 22. September; dann lässt man die Katze aus dem Sack, wird die düsteren Aussichten für die AHV und auch für die 2. Säule BVG (bei nahezu pleiten Versicherungen) bestätigen.

Echo auf SD 7/8 2002

Der «Kritische Blick auf die Expo.02» von Dr. med J.J. Hegg trifft m. E. den Nagel auf den Kopf. Auch ich habe die Landi 1939 noch in bester Erinnerung und weiss, dass Gehalt und Gestalt dieser

Schau den Widerstandswillen der Bevölkerung gegen wesensfremde Ideologien massgeblich gestärkt hat. Tempi passati!

J.P. Murbach, 1919, Bern

Asylrecht verwirkt

Ein Asylant ist bekanntlich ein Mensch, der in seinem Heimatland an Leib und Leben bedroht ist. Nun hält die Asylrechtskommission in einem Grundsatzurteil fest, dass ein Asylbewerber durch seine mehrfachen Reisen in sein Heimatland das Asylrecht verwirkt hat. Im konkreten Fall war der Asylbewerber insgesamt fünfmal in seinem Heimatland Kosovo. Störend an dem Urteil ist die Fest-

stellung, dass ein Asylmissbrauch vorliegt, wenn einer mehrmals seine Heimat besucht. Wenn einer tatsächlich an Leib und Leben gefährdet ist, ist nur ein einziger Besuch in seiner Heimat unverstündlich und müsste zu sofortigen Konsequenzen führen.

Dies beweist einmal mehr, dass das Asyl-Gesetz verschärft und auch wirksam angewendet werden muss.

Kurt Koller, Lichtensteig



Climat. Attention, danger!



Mary Meissner

Nous avons abordé à maintes reprises les problèmes auxquels notre pays serait confronté lorsque l'eau de la planète se raréfiant, notre château d'eau suisse serait convoité et ferait l'objet de tractations aussi terribles que l'ont été et le sont encore, les réserves pétrolifères. Et nos prévisions commencent à se concrétiser avec la vente de notre Walsler grisonne à la multinationale Coca Cola. La libéralisation mondialiste a mis en place une stratégie douce qui consiste à s'approprier les richesses d'un pays en achetant petit à petit son sous sol. La pauvre Helvétie n'est riche qu'en eau potable qui elle aussi disparaît avec la fonte rapide de ses glaciers. Naturellement, il y a les calottes glacières, mais c'est loin et très cher à transporter.

Ce système d'achat en lieu et place de conquête par la force ressemble à ce que les Israéliens ont concrétisé en Palestine où ils ont acheté, souvent à prix d'or, des surfaces entières de terrain utilisant la plus grande partie de l'eau disponible dans la région pour améliorer le sol arable sans se soucier d'en laisser une partie proportionnelle aux habitants encore sur place. Ils ont acheté aussi les réseaux de distribution et font payer le prix fort à ceux qui vivent en dehors de leurs frontières.

Cette manière de faire, initiée par les Américains (après leur conquête du Far West très critiquée par les Droits de l'Homme), prend sa source dans l'idée que pour devenir les maîtres d'un lieu dit, il faut posséder et disposer des richesses énergétiques, actuellement l'or noir, l'or blanc, et l'or bleu, l'éolienne et le solaire qui vont bientôt être accaparés par les gaspilleurs attirés. Mais comme toutes ces réserves sont imbriquées dans le système stellaire dont la Terre fait partie, elles sont dépendantes du climat qui conditionne la pureté du produit et de son environnement principal, l'air que l'on respire.

C'est pourquoi les scientifiques et des bureaux d'études étasuniens et européens, s'adonnent à des ex-

périmentations climatiques qui prétendent résoudre le problème de l'effet de serre. Commençons par expliquer la procédure et le pourquoi de ces coûteuses recherches basées sur l'appât du gain immédiat sans prendre en considération des possibilités de dérapages. Par exemple, en accélérant la production du plancton, gros consommateur de gaz carbonique, mais aussi en le séquestrant dans des fonds marins ou des cavités terrestres, ces chercheurs misent sur les fortes retombées financières de marchés axés sur la dépollution.

Nous avons lu à ce sujet une étude publiée dans le journal du Monde Diplomatique. Tout d'abord, d'ici à 2008 va se créer un vaste marché mondial des droits d'émission des gaz à effet de serre (GES). Telle est la conséquence des accords conclus par 187 pays lors de la Conférence sur le Climat, en novembre 2001 à Marrakech, sauf les Etats Unis qui n'ont pas ratifié cet accord prévoyant que les industries polluantes devront réduire ces gaz nocifs ou payer une amende. En Norvège, la compagnie Norsk Hydro Total Fina Elf est une pionnière qui met en pratique actuellement, l'injection de gaz carbonique dans de vastes cavités souterraines ce qui coûte plusieurs millions d'euros. Mais contrairement à ce que les utilisateurs prétendent, ce travail n'est pas fait pour des motifs environnementaux, mais pour maintenir la pression dans les forages afin de récupérer le maximum d'énergie fossile. D'autres pays acceptent ce principe pour que les poches de pétrole vidées, ne s'effondrent pas. Aux Etats Unis les techniciens pensent à une autre méthode consistant à injecter ce gaz dans les Océans par pipelines descendant à 1500 m, voire 3000 m de profondeur où, comprimé par la forte pression, il s'étale sous forme liquide. Cependant le directeur du département climatique de Wuppertal en Allemagne, exprime ses inquiétudes concernant les conséquences de ce rejet sur les poissons et les barrières de corail.

La troisième direction porte sur l'absorption du gaz carbonique par les plantes en plantant de vastes forêts. Cette solution est celle qui a obtenu le meilleur accueil, car les entreprises y voient l'amélioration de leur image de marque, tel Peugeot qui investit en Amazonie pour créer des forêts appelées «puits de carbone». Le Japonais Toyota travaille à la recherche d'arbres

génétiquement modifiés pour absorber une plus grande quantité de gaz carbonique. Un institut japonais s'emploie à trouver des plantes OGM capables de résister au manque d'eau afin de faire reverdir les déserts.

Autre technique: le saupoudrage de poussière de fer au fond des mers, car le manque d'ammoniaque et de fer limite le développement des algues. Cette fois ce sont les océanologues anglais qui mettent en garde, dans l'hebdomadaire Science du 12 octobre, contre les risques d'extension incontrôlée de tels projets «commerciaux». Le laboratoire Océan Technologie Groupe de Sydney veut fertiliser les côtes du Chili avec de l'ammoniaque dans le but d'augmenter la production de poissons. Les Japonais qui en sont friands sont partants. Le pire, c'est que ces projets se réalisent sur une petite échelle et Michael Markels, des Etats Unis prévoit d'aller étaler des flocons de fer aux îles Galapagos pour procéder à des essais. Je ne comprends pas comment les responsables n'interdisent pas de telles aberrations! Surtout que le but serait de fertiliser régulièrement 150'000 km² avec 250'000 de ces flocons de fer pour absorber tout le carbone que les USA rejettent en brûlant des énergies fossiles. Pas étonnant que ce pays refuse de signer la convention de Marrakech. Encore une fois les cow boys d'outre Atlantique prouvent leur arrogance incommensurable. Je passe sous silence les propositions commerciales qui vont avec ces projets comme un label de fertilisation ou des compensations financières, quoique rien ne prouve que ces projets soient réalisables ou même positifs à la longue. Les Océans n'appartiennent à personne et ils sont tous connectés entre eux.

Ces nouveaux apprentis sorciers du climat sont pire que les «experts» du génétiquement modifié. Mais ce n'est pas fini. La liste des propositions, plus farfelues les unes que les autres serait de répandre dans la haute atmosphère des fines particules solides ou liquides, appelées aérosols (diffusés également par les éruptions volcaniques) qui feraient écran au rayonnement solaire, puisque les gaz entraînent un réchauffement de la planète. Ces chercheurs oublient-ils que les aérosols produisent des pluies acides et que ce mi-mac entraînerait une modification de notre environnement.

De tels essais pour modifier le climat ont déjà eu lieu dans le passé surtout pour aider l'agriculture. On ensemençait les nuages avec de l'iode d'argent pour provoquer les précipitations et certains voyaient la possibilité de faire reverdir l'Afrique sahélienne. Aux Etats Unis il y a encore diverses entreprises qui continuent à œuvrer dans ce domaine. Les militaires se sont intéressés à ces techniques. Rien ne prouve donc que les inondations à répétition en Europe et aux USA, ainsi que les coulées de boue qui se multiplient, ne sont pas le résultat d'essais secrets et incontrôlables. Pendant la guerre du Vietnam, les militaires américains ont cherché par ces méthodes à prolonger la saison des moussons afin que les troupes ennemies soient retardées dans leur progression à cause de la boue. La signature, en 1976, interdisant l'usage des armes environnementales a mis un coup d'arrêt à ces expériences. D'ailleurs, encore aujourd'hui, l'aviation étasunienne essaie d'intervenir localement sur le climat pour accroître la visibilité en supprimant les nuages ou le brouillard, ou au contraire pour produire des tempêtes et des nuages si c'est à leur avantage.

Comme ce domaine touche à la haute technologie qui recherche plutôt des solutions coûteuses et compliquées, alors qu'il y a certainement des méthodes plus simples pour améliorer le climat, il faut s'attendre à avoir d'autres catastrophes «naturelles», qu'encre une fois seront à passer à pertes pour les populations qui n'ont aucun droit d'ingérence. Il vaudrait mieux s'ingénier à attaquer le problème à la base, en promulguant des lois plus sévères contre les pollueurs qui ne sont toujours pas payeurs.

La Suisse face au chantage

Un livre à lire à tout prix: «La Suisse face au chantage». C'est une critique d'un haut niveau du rapport Bergier et on y met les points sur les i. A commander aux Editions CABEDITA, rue Miéville, 1137 Yern ou www.cabedita.ch. Prix Fr. 25.- + frais postaux.

Une information pour les jeunes générations manipulées par certains historiens et qui réhabilite le peuple suisse injustement colonisé.

Attention! Danger!

Un couple d'amis américano-suisse vient de rentrer des Etats Unis où ils ont passé quelques semaines de vacances. A ma première question de savoir ce que le peuple étasunien pense de la politique de leur président Georges W. Bush concernant ses attaques contre le «mal», ils m'ont fait une description dérangeante des courants religieux sous jacents qui se mettent en place dans la population.

A force d'avoir mis l'accent sur le terrorisme islamique, donc basé sur le côté religieux du «mal», Georges Bush, dans ses discours, a donné un nouvel élan à tous les gourous sectaires implantés dans le pays. Le Président Carter avait déjà capitulé devant le «New Age», en invo-

quant chaque matin des «forces supérieures nouvelles» (celles qui inspirèrent mai 68) dans son cabinet ovale, et on se souvient de cette vague qui fit quelques ravages dans le monde pendant la durée de son mandat.

Aujourd'hui, c'est le président Bush qui prend conscience des peurs bibliques rapportées dans la kabbale juive du peuple élu qui prédit la fin du monde actuel, chaos programmé par l'Antéchrist, afin de préparer la venue du vrai Messie issu d'une des tribus d'Israël pour sauver le monde. Donc, la diaspora juive ne lui laisse aucun répit et d'une façon continue, distille dans la population cette certitude annoncée par Nostradamus,

Malachi, et les nombreux prophètes de l'ancien et du nouveau testament. C'est pourquoi il y a de plus en plus de cercles chrétiens aux USA, qui soutiennent la politique de Sharon et par ricochet, du Pentagone. Les événements du 11 septembre de l'année passée sont venus conforter ce malaise pseudo religieux qui obnubile la politique des Etats Unis et influence ses prises de position.

Quand tout un peuple se met à croire et à penser que la fin des temps est arrivée (catastrophes naturelles aidant) on doit craindre les pires réactions qui mettront en danger la survie de l'humanité. On comprend mieux, dans cette perspective pourquoi les menaces s'amplifient, la course aux armements s'accélère et les Palestiniens, plus l'Irak, sont les meilleurs détonateurs du grand Chaos.

Le tragique de cette histoire, c'est qu'une telle «fable» est inexistante aux yeux des médias qui ont peur de se rendre ridicules en dévoilant ce qui se cache derrière la façade des va-t-en-guerre. Ils ont agi de la même façon vis-à-vis d'Hitler qui, lui aussi, ne prenait aucune décision avant d'avoir consulté Horbiger, son astrologue. D'ailleurs, ce dont on ne parle jamais, ce sont les temples souterrains dans l'ONU de New York, recevant les Grands Décideurs Mondiaux et leurs gourous, qui prennent en secret les décisions occultes qui bouleverseront la vie de chacun de nous.

Maria de Seimners

Statistiquement vôtre

On reparle de l'arrivée massive des requérants d'asile, alors que la seule guerre avérée et non reconnue comme telle, est le conflit israélo-palestinien. Donc les 23 à 24'000 requérants prévus par la Confédération, en forte hausse par rapport aux deux années précédentes, proviennent de pays surpeuplés ou instables économiquement et politiquement. Etrangement il n'y a pas de Palestiniens. Cela est inquiétant, car des millions d'êtres humains dans le monde entier souffrent de malnutrition, de Sida, ou d'indigence. La Suisse pourrait-elle encore longtemps accueillir ces miséreux sans statut ou papiers, alors qu'il y a chez nous plus de 560'000 étrangers qui vont recevoir des visas pour aller et revenir dans leur pays respectif valables 2 ans.

L'Office fédéral des réfugiés attribue les requérants aux différents cantons proportionnellement à leur population. Genève où vivent 5.6% des Suisses est donc censée accueillir 5.6% de demandeurs d'asile. Ceux qui ont de la famille bénéficieront du regroupement familial (donc dans la catégorie des gens difficilement sujet à être renvoyés). Pour les autres, on privilégiera les cantons où leur communauté d'origine est fortement représentée. Ainsi Genève accueille une majorité d'Africains, de l'Ouest et du Centre, tandis que la région bernoise se voit confier surtout les Sri Lankais et la région zurichoise une majorité de ressortissants du Kosovo.

On peut se demander si nos conseillers fédéraux raisonnent clairement et à long terme en créant ainsi des concentrants des ethnies aux mœurs différentes des nôtres? Il n'y a qu'à prendre comme exemple le Sri Lanka envahi au Nord par des Indiens du Tamil Nadu qui exigent maintenant une autonomie et un statut indépendant après avoir chassé les autochtones à coups de luttes intestines, créant un

nouveau pays usurpé. Ce système est aussi employé par les Turcs à Chypre où 75'000 d'entre eux, militaires pour la plupart, ont pris racine jusqu'à Nicosie, après avoir volé hôtels et habitations aux 220'000 Chypriotes de souche.

Immigration illégale aux frontières

Passant maintenant au contrôle des douaniers, il y a dans leurs statistiques une hausse de 40% d'entrées illégales avec à la clé, des saisies de drogue de 30% au premier semestre 2002. Genève et Bâle sont les régions les plus touchées, avec une progression sensible de la violence. 2'245 saisies de drogue sont réparties comme suit: 64 kg d'héroïne, 20 kg de cocaïne, 69 kg de produits de cannabis, 660 kg de khat et plus de 92'000 doses de psychotropes comme l'ecstasy, les amphétamines et le LSD.

Environ 55'233 personnes ont été refoulées principalement à la frontière allemande pour moitié et un tiers à la frontière française. Les raisons ont été l'absence ou la non validité des documents pour le franchissement de la frontière, ainsi que l'absence de visa. En outre 3'229 illégaux ont été interceptés à la frontière genevoise provenant notamment des Balkans (451), d'Afrique (642), d'Asie (350) et de Turquie (225). Les arrestations de passeurs ont été de 243.

Voyons maintenant qui étaient les détenteurs de faux documents. En premier lieu ceux de Yougoslavie (145), dont 116 vraies pièces d'identité utilisées par des personnes n'en étant pas les propriétaires, ce qui prouve que nous ne faisons pas une bonne affaire en acceptant ces gens peu scrupuleux et qui ne sont même pas reconnaissants pour notre hospitalité coûteuse.

Le potentiel de violence durant ce premier semestre reste important

aux frontières de Genève et Bâle, où il y a eu 43 contrôles forcés (contrebande, personnes recherchées 3'518, travailleurs au noir 507), 164 agressions par véhicule et 34 attaques physiques. Les gardes-frontières ont engagé un chien dans 18 cas, employé 8 fois un spray au poivre et fait usage d'une arme à feu dans 2 cas.

Et après ce palmarès édifiant, on nous ressasse qu'il y a autant de Suisses que d'étrangers dans nos prisons... Sommes nous manipulés? Je pense ne pas devoir répondre à cette question.

Maria de Seimners

Le Pileri

La si riche Suisse dont Genève est le phare!

Pas étonnant que les malheureux du monde entier se bousculent au portillon pour bénéficier des largesses de ce pays, en particulier Genève qui est bien le seul canton à payer des festins pharaoniques aux membres de son Exécutif! Sous l'indication comptable de «Frais de représentation du Bureau du Grand Conseil», notre ministre des Finances Calmy Rey qui vise la succession de Ruth Dreifuss au Palais fédéral, dépense entre 10 et 30'000 francs pour faire plaisir à ses fonctionnaires tel le libéral Bernard Annen, Bernard Lescaze, *Radical*, Jean Claude Egger, *PDC*, Morgane Gauthier, *Verts*, Jeannine de Haller, *Alliance de gauche*, Mirielle Gossauer-Zürcher, *socialiste*, et André Raymond, *UDC*, qui hier étaient assis à la table du restaurateur Veyrat en son auberge de l'Eridan à Annecy. Ces sept personnes font partie du bureau qui organise les séances du Grand Conseil pour superviser son fonctionnement (?).

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Votations du 22 septembre sur l'Or de la BNS

Le Fonds de solidarité qui fera l'objet de deux questions lors des votations du 22 septembre est une mise en scène calamiteuse. Après lecture du livre écrit par le «Groupe de Travail Histoire Vécue», aux éditions Cabédita, tout bons citoyens de ce pays et particulièrement ceux qui ont vécu la triste période de la Seconde guerre mondiale, avant pendant et longtemps après, doivent se lever et exiger que l'or de la BNS soit redistribué aux communes, cantons et confédération, tous en grave déficits budgétaires. Il ne sert à rien de récriminer sur ce qui aurait du ou pu être mieux fait, il faut essayer de réparer la grosse bourde d'Arnold Koller qui, en 1997, sous le coup d'une peur panique, déclarait la création de la «Fondation Etre Solidaires», à la suite du chantage dénoncé par le Conseiller fédéral Delamuraz à cause des menaces virulentes contre les comptes en déshérence dont le contenu, selon Eizenstadt et Bronfman du C.J.M. avaient été volés par nos banques. Il n'y a aucune raison pour que nous, contribuables suisses ayant

souffert pendant ces terribles années de conflit mondial, tant dans notre santé que dans nos finances personnelles et notre pacifisme mis à rude épreuve, continuions de payer tous azimuts pour soi disant «effacer» et «compenser» notre attitude abjecte, (selon les rapports étasuniens), pendant et après la Seconde guerre mondiale. A lire dans le livre précité: le mauvais traitement infligé aux juifs demandant l'asile, puis un vol collectif des dents en or et autres bijoux appartenant à ces malheureux, toute la population a été mise dans le même panier, agressée, insultée, vilipendée, accusée de tout, même d'avoir travaillé et aidé les Nazis à prolonger la guerre, et, innocents, neutres et pacifiques, nous devrions encore et toujours payer sous la contrainte des cowboys étasuniens (qu'ils soient juifs ou pro Clinton et Hillary,) des sommes faramineuses offertes par nos autorités faiblardes à ceux-là même qui veulent nous réduire à une condition tiers-mondiste. Car il ne faut pas s'y tromper, on ne saura jamais à qui profiteront ces millions générés

par la vente de notre or, sauf s'ils sont rendus à ceux qui les ont économisés. Plus on donne, plus on est critiqué et accusé de toutes les tares, car le proverbe qui dit: «Qui s'excuse, s'accuse» n'a jamais été aussi approprié! La Suisse sera considérée par cette capitulation monétaire si insultante pour les citoyens, comme un aveu expiatoire pour des crimes que nous n'avons jamais commis. Mais comme disait Lénine: «Jetez de la boue, jetez en beaucoup, il en restera toujours quelque chose.»

Une Commission Bergier qui enfonce le clou mensonger, 1.25 milliard de \$ distribués depuis 3 ans, des demandes d'excuse qui n'ont jamais été demandées par notre gouvernement actuel, ni offertes officiellement, après des constatations américaines élogieuses et des regrets officiels, ça suffit. Peuple suisse, tu as l'occasion de te redresser en contrant fièrement la veulerie de ton Conseil fédéral qui continue à se prostituer devant les forces économiques menteuses, par un refus clair et net à «Etre Solidaire». Tu as l'occasion d'effacer par ce geste l'affront que tu as reçu. Si tu ne le fais pas, Fagan qui a remplacé Eizenstadt dans sa chasse au fric, te saignera pour aider les



survivants de l'Apartheid en Afrique du Sud, car n'oublie pas que tu es RICHE aux yeux des populations écrasées par la main mise des multinationales anglosaxonnes prioritaires. Elles te volent ton sous-sol, et elles ruinent nos banques qui leur font ombrage. Ne serait-ce pas aussi le moment d'inclure dans notre Constitution, comme c'est le cas aux USA, «que les fonds en déshérence tombent après cinq ans dans les caisses de l'Etat». Les guerres n'étant pas finies, il vaut mieux prévoir d'autres attaques aussi virulentes que celles que nous subissons mois après mois depuis cinq ans.

Mary Meissner

Suite de page 14

L'argent public permet aux députés de faire bombance aux frais du peuple à l'étranger. Cette fois c'était la France, hier c'était Jean Spielman, communiste, qui choisissait St-Petersbourg (nostalgique des Soviétiques), ou le radical Daniel Ducommun qui avait emmené ses pairs à Marrakech, pour déguster du couscous. Offrir un repas à ses fonctionnaires, passe encore, mais pourquoi à l'étranger? N'avons-nous pas en Suisse de très bons restaurants et faut-il prendre part à des agapes «couscoussières» et «bigozssières» lointaines et coûteuses? Surtout que ces messieurs dames ne sont pas des bénévoles puisqu'ils reçoivent une rémunération de 8000 francs pour le président et 4000 francs pour les autres membres du bureau.

Bien nommés ces *frais de représentation* (richesse oblige) au yeux des Marocains, des Russes et des SDF français qui n'attendent qu'une occasion pour venir au Paradis helvétique! N'oublions pas d'ajouter que nos impôts sont encore une fois dilapidés à l'étranger et ne vont pas dans l'hôtellerie du pays qui a tant besoin d'être soutenue.

Genève la laxiste

Encore au Pilori pour son laxisme vis-à-vis des pédophiles accros aux sites et «providers» sur internet, Genève se distingue une fois de plus par sa justice qui n'en a que le nom. Figurez-vous que dans le cadre de l'opération «Hamlet», la brigade des mœurs genevoise qui a

sollicité l'aide de la Brigade de criminalité informatique (BCI) a arrêté un pédophile notoire qui avait en sa possession 3400 images de pornographie dure, mettant en scène des enfants et des animaux, et même les deux fillettes de Marc Dutroux. Et que croyez vous qu'il arriva? Le Zorro de la justice genevoise l'a reconnu coupable et lui a infligé... trois mois de prison avec sursis. Sans commentaires.

Les sans papiers remettent ça

Voyant qu'en Suisse ces démarches exigeant l'octroi en bloc de papiers de légitimation ça ne marche pas, ces réfugiés économiques clandestins, qui se sont introduits chez nous comme des voleurs, donc sachant que leur intrusion était illégale, entame une autre procédure pour faire céder nos autorités. Ils manifestent devant nos ambassades en Equateur et en Colombie! De quel droit ces étrangers du bout du monde choisissent-ils notre petit pays pour se bousculer à l'entrée de celui-ci? Nous sommes les seuls à n'avoir jamais eu de fabricants de drogue comme en Colombie, nous n'avons jamais eu de colonies visant à voler des richesses souterraines comme le pétrole ou les métaux rares, nous n'avons ni légionnaires, ni exploitant de mines d'or ou de diamants, nous n'avons aucun sous-sol riche, nous vivons grâce à notre savoir faire.

Alors la politique des démunis se calque sur les colonisateurs blancs sans distinction de nationalité et ils s'arrogent le droit de venir à leur tour s'installer dans un pays riche.

Ce qui revient à dire que nous devons être les esclaves pourvoyeurs de fonds d'entretien puisque la seule référence est que nous sommes blancs et que notre propagand

de stupide consiste à prôner tous azimuts que nous sommes riches à cause de nos banques. A quand l'arrivée massive de toute l'humanité souffrante? Octopus

Nouvelle attaque contre la Suisse

Nous l'avions prévu il y a longtemps déjà, lorsque la lutte commença pour une sérieuse remise en état de nos eaux potables. Que de milliards n'avons-nous pas dépensé dans ce petit pays, château d'eau européen, pour construire des stations d'épuration, redonner la vie champêtre à nos rivières en les décorant de leur gange de béton, protéger nos lacs des phosphates, assainir ou liquider nos déchetteries à ciel ouvert, et moderniser nos stations d'épuration. Et ça marche! Nos eaux sont assainies de mieux en mieux.

Aujourd'hui, Berne devra défendre notre eau potable face à l'Union européenne qui, après les négociations lancées à Doha, demande à l'OMC d'obliger la Suisse qui s'y refuse, à inclure l'eau dans la libéralisation des services. Pour ce faire, la délégation suisse qui avait détaillé les secteurs dans lesquels elle était prête à entrer en matière, soit: les services financiers, l'environnement, le transport de fret, les services aéroportuaires et le tourisme, est prête à privatiser ces secteurs, mais dans l'environnement, elle n'a pas inclus l'esu potable. Déjà lors de la réunion de l'AGSC au Canada, la question avait été soulevée, mais la Suisse a tout de

suite répondu par une fin de non recevoir. L'eau n'est pas un service. Jusqu'à quand? Les voisins pollueurs qui laissent leurs rivières empoisonnées se déverser dans nos eaux propres, dont les stations d'épuration débordent par mal-fonctionnement, les fumiers et autres poubelles suintent dans leurs nappes phréatiques, et leurs usines de retraitement nucléaire tombent en panne en déversant l'eau atomisée dans les champs, seront capables de faire du chantage à la manière des avocats américains. Tous les prétextes seront bons pour nous obliger à poser (à nos frais probablement par esprit de solidarité) des «hydropipelines» distribuant l'or blanc grâce à des OPEP privatisées, plus la libéralisation de l'électricité.

Espérons que nos autorités ne s'aplatiront pas devant ces requins du libéralisme mondialiste et qu'elles sauront pour une fois, défendre ses citoyens en renforçant les services publics, comme la poste, le rail, l'éducation et l'eau potable. Ne pourraient-elles pas s'appuyer sur la fable de la cigale et de la fourmi: «Vous avez pollué tout l'été, alors crevez de soif maintenant.» La Fontaine se retournerait-il dans sa tombe? Maria de Seimners

SD fordern Schutz der Schweizer Fahne

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern den Bundesrat auf, das Strafgesetzbuch dahingehend zu ergänzen, dass künftig das Beschädigen von Fahnen und Wappen der Eidgenossenschaft auch dann strafbar ist, wenn diese nicht von einer Behörde angebracht wurden. SD-Nationalrat und Zentralsekretär Bernhard Hess wird deshalb in der kommenden Herbstsession eine Motion einreichen, welche auch privat gehissete Fahnen und Wappen unter strafrechtlichen Schutz stellt.

«Wer ein von einer Behörde angebrachtes schweizerisches Hoheitszeichen, insbesondere das Wappen oder die Fahne der Eidgenossenschaft oder eines Kantons, böswillig wegnimmt, beschädigt oder beleidigende Handlungen daran verübt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.» Dies regelt Artikel 270 des Strafgesetzbuches. Hingegen geniessen Fahnen und Wappen, die von Privatpersonen angebracht oder gehisst werden, keinen besonderen strafrechtlichen Schutz.

Den Stein ins Rollen für diese SD-Intervention brachte die Expo.02-Aufführung «Black Tell» im Juli

2002 auf der Arteploge in Murten, wo öffentlich eine Schweizerfahne verbrannt wurde. Dieser nicht nur für die SD geschmacklose und unerträgliche Akt hat viele heimatbewusste Schweizerinnen und Schweizer zutiefst beleidigt und gekränkt.

In zahlreichen Staaten (USA, Israel etc.) stellt die Beschädigung, Verbrennung oder Vernichtung der Nationalflagge und anderer Staatssymbole eine strafbare Handlung dar und wird von Amtes wegen verfolgt. Die SD-Motion bezweckt somit die Schliessung einer Gesetzeslücke, indem neu auch Verbrennungen oder Verhunzungen von Schweizer Hoheitszeichen, welche von Privaten angebracht wurden, unter Strafe gestellt werden.



SD-Medienmitteilung vom 10. August 2002

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch

E P O . 0 2

SD erwägen Strafklage gegen EXPO.02-Leitung

Die Schweizer Demokraten haben endgültig genug von den schweizerfeindlichen Machenschaften der EXPO.02-Leitung.

Der neuste Tiefpunkt unserer Unkulturschaffenden ist die Aufführung des «Schwarzen Tell», auf gut Neudeutsch «Black Tell», an der EXPO.02. Nicht nur, dass unser Nationalheld in diesem Stück ein Neger ist, eine noch grössere, wohl kaum noch zu überbietende Verhöhnung unserer Heimat stellt das Verbrennen unserer Nationalfahne dar.

Die Schweizer Demokraten verlangen die sofortige Absetzung dieses Schandstückes und prüfen die Möglichkeit, eine Strafklage gegen die Autoren des Stücks sowie gegen die EXPO.02-Leitung einzureichen.

Grossrat Dr. Dragan Najman,
Pressechef SD Schweiz

Zahlen zur Ausländerpolitik, von denen man nicht spricht:

Wussten Sie:

• dass Ende 2001 **über 1,4 Millionen Ausländer** mit einer definitiven Aufenthaltsbewilligung (ohne Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, zahllose Schwarz-Aufenthalter etc.) in der Schweiz leben? Die Marke von **20% Ausländeranteil** ist somit überschritten.

• dass **über 50%** der Nettozunahme bei der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung auf die Zuwanderung von Angehörigen aus Staaten von **ausserhalb der EU und der EFTA** zurückzuführen sind?

• dass von Anfang 1990 bis Ende 2001 über **1,2 Millionen (!) neu eingereiste Ausländer eine Aufenthaltsbewilligung erhielten?** (dies trotz Rezession und hoher Arbeitslosigkeit)

• dass allein im Jahr 2001 **101'000 neue Aufenthaltsbewilligungen** erteilt wurden?

• dass bei gleichbleibender Entwicklung schon in weniger als zehn Jahren ein **Ausländeranteil von 25 % erreicht sein wird?** (die ausländische Wohnbevölkerung wächst jährlich um eine Stadt in der Grösse von Winterthur)

• dass nur noch **58,5% der in der Schweiz lebenden Ausländer aus einem EU- oder EFTA-Staat stammen?** (die Rekrutierung erfolgt immer mehr ausserhalb unseres Kulturkreises)

• dass von 1990 bis Ende 2001 **211'338 Ausländer eingebürgert**

wurden? (diese «verschwanden» ebenfalls aus der offiziellen Ausländerstatistik)

• dass gemessen an der Gesamtbevölkerung die Schweiz beinahe **dreimal mehr Ausländer als die EU einbürgert?**

• dass **Bürger aus 177 verschiedenen Nationen in der Schweiz leben?** (die Schweiz verliert mehr und mehr die eigene Identität)

• dass der **Geburtenüberschuss der ausländischen Wohnbevölkerung viermal höher ist als derjenige der Schweizer?** (durch den Geburtenüberschuss steigt der Ausländeranteil noch rascher)

• dass der **durchschnittliche Ausländeranteil in der EU nur gerade 5,3%** beträgt? (der Ausländeranteil in der Schweiz ist also schon heute viermal höher)

• dass die Gesamtbevölkerung der Schweiz seit **1990 bis Ende 2001 um 584'600 Personen zugenommen hat.** Dies entspricht der Bevölkerungszahl der Städte **Zürich, Bern und Lausanne.**

Einmal mehr hat der Bundesrat sein Versprechen, wonach Menschen aus teilweise ganz fremden Kulturkreisen nicht unbegrenzt einwandern können, gebrochen.

Einzig die **Schweizer Demokraten (SD)** wehren sich seit Jahrzehnten gegen die ungebremste Zuwanderung. Sie verdienen auch Ihre Unterstützung.

Volksvermögen gehört dem Volk

Am 22. September JA zur AHV-Goldinitiative

Unterlagen und Werbematerial für die AHV-Goldinitiative und gegen die Solidaritätsstiftung

Anzahl Werbemittel Format
_____ SD-Sonderzeitungen

_____ Plakat B4 89,5 x 128 cm

_____ Kleinplakat A3 (29,7 x 42 cm)

_____ Kleber 10,5 x 10,5 cm

_____ Kandelaberplakat 70 x 35 cm, gefalzt auf 35 x 35 cm

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

Bitte per Post, Fax oder E-Post senden an: SD, Postfach 8116, 3001 Bern, sd-ds@bluewin.ch, Fax 031 974 20 11

